

# Familie, Ehe und Sexualität in DDR und BRD in den 60er und 70er Jahren, einschließlich einer Fragebogen-Pilotstudie mit DDR-ZeitzeugInnen

メタデータ	言語: deu 出版者: Institute of Social Sciences Meiji University 公開日: 2021-05-28 キーワード (Ja): キーワード (En): 作成者: 水戸部, 由枝 メールアドレス: 所属:
URL	<a href="http://hdl.handle.net/10291/21772">http://hdl.handle.net/10291/21772</a>

# **Familie, Ehe und Sexualität in DDR und BRD in den 60er und 70er Jahren, einschließlich einer Fragebogen-Pilotstudie mit DDR-ZeitzeugInnen**

Yoshie Mitobe

## ***Einleitung***

Wie stabil können einmal geprägte Lebensstile und –einstellungen sein? Das ist eine Frage, die sich besonders im Zusammenhang mit untergegangenen Gesellschaften, wie es die ehemalige Deutsche Demokratische Republik (im Folgenden DDR) ja ist, immer wieder stellt, denn auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung scheinen immer noch eine typisch ostdeutsche Mentalität und ein besonderer Lebensstil zu existieren. Das kann mit einem solchen Wort wie „Ostalgie“ sicherlich nur ungenügend charakterisiert werden.

Die DDR wird häufig als Ein-Parteien-Diktatur, als ein totalitärer Staat und als Überwachungsgesellschaft gekennzeichnet. Wer in Wort und Tat die Richtlinien der führenden Partei nicht einhielt, übte Widerstand gegen das politische System und wurde als Feind betrachtet. Partei und Staat hatten Einfluß darauf, wer einen Studienplatz oder eine Arbeitsstelle erhielt, und konnten so auch den beruflichen Aufstieg fördern oder verhindern. Die 17 Millionen Menschen, die 1989 in der DDR lebten, wurden von 91.015 Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) kontrolliert. Die Zahlen belegen ein ausgeprägtes Überwachungsregime: 1 MfS pro 180 DDR-BürgerInnen. In anderen sozialistischen Staaten waren weniger Personen involviert. So geht man für die damalige UdSSR von einem Verhältnis von 1/595, für die damalige CSSR von einem Verhältnis von 1/867 und für das damalige Polen von 1 zu 1.574 aus (Gieseke, 2011, 72). Wie war es möglich, dass die Menschen diese Überwachung über 40 Jahre aushielten?

In der DDR existierten andererseits auch Freiräume und Freiheiten. Ein repräsentatives Beispiel waren die Einstellungen zur und der Umgang mit Sexualität. Diesem Thema im Kontext des Lebensverlaufkonzepts<sup>1</sup> widmet sich der vorliegende

---

<sup>1</sup> Johannes Huinink und Karl Ulrich Mayer betrachten die Lebensverlaufsforschung als eine spezifische Form der Sozialstrukturanalyse. Sie wollen gesamtgesellschaftliche Strukturen und Institutionen sowie den historischen Wandel auf der Grundlage von repräsentativen Daten über die Lebenslagen und die Lebensgeschichten von Personen bestimmter Geburtskohorten untersuchen. Insbesondere die Erwerbs- und Berufsverläufe und die Familienbiographien sind relevant. Nach Meinung der Autoren teilt die Lebensverlaufsforschung mit der Biographieforschung das Interesse an der retrospektiven Rekonstruktion von Gesellschaftsgeschichte aus der Lebensgeschichte (Huinink/Mayer, 1995, 8).

Beitrag. Die Verfasserin lässt sich dabei von drei Hauptfragen leiten:

1. Führten die unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungen zu unterschiedlichen Lebensverlaufskonzepten in den beiden deutschen Staaten, die auch Auswirkungen auf die Einstellung zur Sexualität und das Sexualverhalten hatten?
2. Wie unterschiedlich wurden die Geburtenkontrolle, die Aufklärung, die Empfängnisverhütung und die Abtreibung in beiden deutschen Staaten geregelt?
3. Welche Freiheiten und Freiräume gab es in Bezug auf in der Breite nicht akzeptierten Lebensformen, wie Prostitution, Homosexualität und Popularisierung von Sexualität in der Öffentlichkeit?

Hierfür werden spezifische gesellschaftliche Entwicklungen betrachtet und die Lebenskonzept-Unterschiede in der DDR und der ehemaligen Bundesrepublik (im Folgenden BRD) analysiert. Für die BRD wird hierfür vor allem auf das „Jahrbuch der öffentlichen Meinung/Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie (im Folgenden „Jahrbuch“)“ zurückgegriffen, für die DDR hauptsächlich auf Siegfried Schnabl<sup>2</sup>, Kurt Starke und die „Jahrbücher für Statistik der DDR.“ Darüber hinaus werden die Arbeiten von Dagmar Herzog und Josie McLellan, letztere führte 38 Interviews mit DDR-BürgerInnen durch, herangezogen. Schließlich sollen subjektive Einstellungen und Haltungen ehemaliger DDR-BürgerInnen zur Sexualität beleuchtet werden. Aus dem zeitlichen Abstand heraus erinnern sich die ProbandInnen an ihre Erfahrungen. Die Literaturbefunde und Befragungsergebnisse werden am Ende zusammengeführt.

Im Folgenden betrachtet die Verfasserin, wie typische Mentalitäten und Lebensstile im Bereich von Familie, Ehe und Sexualität in der DDR geprägt wurden, auf welchem politischen und sozialen Hintergrund sie gebildet wurden, welche historischen Veränderungen erfolgten und in welcher Weise sich das im Bewusstsein der Menschen widerspiegelt hat.

## ***1. Wichtige Aspekte der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR im Vergleich zur BRD***

Gleich nach dem Zweiten Weltkrieg traten in der damaligen Ostzone Probleme auf, die sich auf das sexuelle Verhalten auswirkten und die sich zum Teil von den

---

Tanja Mühling und Marina Rupp weisen darauf hin, dass der Lebensverlauf durch biographische Übergänge, besondere zeitgeschichtliche Ereignisse, die Einflüsse gesellschaftlicher Institutionen und durch die Orientierung an Normallebensverläufen strukturiert wird. In der Lebensverlaufsperspektive werden die jeweils spezifischen individuellen und gesellschaftlichen Bedingungen erklärt, unter denen Akteure weichenstellende Entscheidungen, z.B. für oder gegen Paarbeziehungen oder Kinder, treffen (Mühling, 2008, 85-86). Der vorliegende Artikel ist primär aus historischer Sicht geschrieben, die Verfasserin versucht aber die Lebensverlaufskonzeption für den Vergleich zwischen der DDR und der BRD zu nutzen.

<sup>2</sup> Siegfried Schnabl war Sexualtherapeut und Leiter der Sexualberatungsstelle im damaligen Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz). Schnabl führte die bis dahin umfangreichste empirische Untersuchung über sexuelle Funktionsstörungen und Sexualpraktiken in der Ehe durch; 3500 Männer und Frauen standen ihm Rede und Antwort in Interviews und anonymen Fragebögen. Herzog würdigt Schnabl, der sich erstmals öffentlich über sexuelle Konflikte in der Ehe geäußert hat. (Herzog, 2005, 246)

Gegebenheiten in den anderen westlichen Besatzungszonen unterschieden. Hier sind insbesondere folgende drei Aspekte zu nennen: 1) die Vergewaltigungen durch sowjetische Soldaten und das Verhältnis zwischen Besatzungssoldaten und deutschen Frauen als Prostituierte oder Liebespartner und daraus resultierende Schwangerschaften, Geburten und Abtreibungen. 2) die steigende Anzahl alleinstehender Frauen und unehelicher Kinder. 3) die verstärkte Verbreitung von Geschlechtskrankheiten (Vgl. Grossmann, 1995, 189-199).

Um den Aufbau eines neuen Staates zu ermöglichen und politische Stabilität herzustellen, wurden die Etablierung einer neuen Sexualmoral und die Förderung eines modernen Familienstils auf Basis der Kernfamilie notwendig. Das war nur möglich über eine Zusammenarbeit zwischen Landesmilitärregierung und sowjetischer Militäradministration (SMAD). Nach der Staatsgründung (1949) bemühten sich die Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (im Folgenden SED) und Fachleute wie Rechtsanwälte, Psychologen und Pädagogen um Reglementierungen im Bereich der Sexualmoral, was zu einem Sexualkonservatismus führte. Wenn auch die Entwicklung in der damaligen BRD in verschiedener Hinsicht anders verlief, kam es auch hier zunächst zu sexualkonservativen Tendenzen.

Die Entwicklungen von Mitte bis Ende der 60er Jahre stellen hinsichtlich des Diskursthemas Sexualität einen Höhepunkt dar, wobei Ost-West-Unterschiede festzustellen sind. Von Mitte bis Ende der 60er Jahre kam es in der BRD zu einer Veränderung sexueller Normen und Verhaltensweisen, die auch als „sexuelle Revolution“ propagiert und in der Öffentlichkeit diskutiert wurden und eine Reihe von emanzipatorischen Bewegungen, wie z.B. die Neue Frauenbewegung hervorbrachte. Dieser in Medien stark propagierte 68er Aufbruch in der BRD, der sich auch auf andere sozialpolitische Bereiche bezog, ging im Wesentlichen an den Ostdeutschen vorbei (Vgl. Mitobe, 2012, 3-18). Allerdings kam es gleichfalls in der DDR ab Mitte der 60er Jahre zu Liberalisierungstendenzen, vor allem durch die Kritik der jungen Leute. Der Staat hob die strenge Sexualmoral auf.<sup>3</sup> Noch ein wichtiger Unterschied spielt eine Rolle. Die DDR-BürgerInnen waren weniger religiös als die BundesbürgerInnen, vor allem kaum katholisch. Außerdem galt generell eine Trennung von Kirche und Staat. Charakteristisch für diesen Zeitabschnitt ist außerdem der hohe Anteil weiblicher Erwerbstätiger in der DDR. Gründe waren einerseits die wirtschaftspolitischen Interessen des Staates und andererseits die Notwendigkeit der Aufbesserung des Familienbudgets. Die Gleichberechtigungsideologie des sozialistischen Staates legitimierte die Erwerbstätigkeit der Frauen und förderte damit zugleich indirekt die „sexuelle Befreiung“.

Die Beschäftigungspolitik im Sinne einer gleichberechtigten Arbeitsmöglichkeit von Frauen in der DDR führte zur Auflösung bisheriger traditioneller Familienstrukturen und Familienideale, während in der BRD die weibliche Berufstätigkeit lange Zeit kein Leitbild war. Da die wirtschaftliche Selbständigkeit

---

<sup>3</sup> Schriften aus den fünfziger Jahren und später legen gleichwohl nahe, dass insbesondere vorehelicher, aber auch außerehelicher Geschlechtsverkehr in der DDR ganz selbstverständlich praktiziert wurde. (Herzog, 2005, 224, 227, 233)

der Ostfrauen die Abhängigkeit vom Ehemann und den Eltern beseitigte und die Ehe nicht mehr auf Geburt, Hausfrauenrolle und Kindererziehung reduziert war sowie Vorurteile gegen unverheiratete Mütter schwächer wurden, war die Gesamtsituation völlig anders als in der BRD, obwohl auch hier die rechtliche Diskriminierung unehelicher Kinder formal aufgehoben war (Herzog, 2005, 234). Von staatlicher Seite wurde in der DDR keine Diskriminierung unehelicher Kinder vorgenommen.

Die Freiheiten der Frauen führten auch zu nichtgewollten Folgen. So kam es in den 60er und 70er Jahren zu einem Ehe- und Geburtenrückgang, einem Anstieg der Ehescheidungen und zu einer erhöhten Anzahl unehelicher Kinder. Die Emanzipation der Frauen führte zur Liberalisierung der Sexualmoral. Von Seiten der Gesetzgebung kam es zu Maßnahmen, die einer sexuellen Befreiung dienten, etwa durch die Legalisierung der Pille im Jahr 1965 (in der BRD 1961) und die kostenlose fachärztliche Abgabe der Pille seit 1972, die Straffreiheit von Homosexualität zwischen Erwachsenen im Jahre 1968 (1969 legalisierte die BRD sie durch § 175),<sup>4</sup> die Fristenregel für Schwangerschaftsabbruch 1972 (in der BRD erst 1976), die familienrechtliche Gleichstellung lediger Mütter und manches andere (Weller/Starke, 1993, 49-65).

Obwohl in der Ideologie der DDR nicht von einer sexuellen Revolution die Rede war und es auch nicht zu Massenbewegungen wie in der BRD kam, gab es dennoch Liberalisierungen. Nach Herzog wurde ab Mitte der 60er Jahre die Sexualität in der DDR zu einem sehr wichtigen Freiraum in der Gesellschaft, weil die Machthaber die jungen Leute emotional an das sozialistische Projekt binden wollten (Herzog, 2005, 227). Dieser Freiraum oder die einsetzende Freizügigkeit waren nicht ein Imitat westlicher Verhältnisse. Herzog ging davon aus, dass die SED die sexuelle Revolution in der BRD als Bedrohung wahrnahm (Herzog, 2005, 266). McLellan stellte die Hypothese auf, dass die sexuelle Revolution in der BRD und DDR erstaunlich ähnlich verlief, obwohl sie in der DDR ohne den freien Markt (sex industry), die Redefreiheit, die freie Presse, die Studentenbewegung und ohne eine freie Richterschaft entstand (McLellan, 2011, 3). In einigen Fällen war sie nach McLellan sogar radikaler als in der BRD und der anderen entwickelten Welt (McLellan, 2011, 9, 11).

---

<sup>4</sup> In der DDR wurde nach 1968 unter § 151 ein Erwachsener, der mit einem Jugendlichen gleichen Geschlechts sexuelle Handlungen vornimmt, mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung bestraft. Auch unter § 122 mussten sexuelle Handlungen nicht zwingend das orgasmische Erleben des Täters zum Ziel haben. Während der § 151 in der DDR homosexuelle Handlungen generell erfasste, stellte der § 175 in der BRD nur die zwischen männlichen Partnern unter Strafe. (Strafrecht der Deutschen Demokratischen Republik, 1987, 315-316, 359)

## **2. Veränderung der Lebenskonzepte in der DDR im Vergleich zur BRD<sup>5</sup>**

### **2.1 Daten zur Gleichberechtigung in Hinsicht auf Berufstätigkeit und Rollenkonformität**

Schon kurz nach den Staatsgründungen waren die Auffassungen von der Geschlechtsrollenverteilung und von der Gleichberechtigung der Geschlechter (oder der Ehe) zwischen BRD und DDR unterschiedlich.

Detaillierte Angaben zur Situation in der BRD lassen sich aus dem „Jahrbuch“ entnehmen. Eine 1949 durchgeführte Befragung mit 2000 Männern und Frauen ergab, dass kein Mann die berufliche Tätigkeit der Frauen befürwortete, während zwei Drittel der Männer vor allem die Frau als Hausfrau schätzten. Andererseits äußerten knapp ein Drittel der Frauen, dass sie nicht nur Hausarbeit und Kindererziehung, sondern auch berufliche Tätigkeit wünschen (Noelle, 1956, 3, 115). Hinsichtlich der klassischen Rollenverteilung wurde 1976 nach der Arbeitsteilung im Haushalt gefragt. Die ProbandInnen sollten die Frage beantworten, ob es wünschenswert sei, dass der Mann seiner Frau manchmal bei der Hausarbeit hilft. 78 % der Männer und 92 % der Frauen bejahten dies, wobei es bei den 16- bis 29-jährigen Männern 82 % und bei den 16- bis 29-jährigen Frauen 97% waren. Das zeigt, dass Jüngere eine Mitarbeit im Haushalt stärker bejahten und somit eher im Sinne von Gleichberechtigung votierten (Noelle-Neumann, 1976, 164).

Generell erhöhte sich das Gleichberechtigungsbewusstsein insbesondere der Jugend seit Mitte der 70er Jahre. Allensbach-Umfragen zufolge waren 1954 48 % der jungen Menschen für eine grundsätzliche Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, 1973 erhöhte sich der Anteil auf 74 % (Noelle, 1974, 64). Im Unterschied zur BRD war das Gleichberechtigungsbewusstsein in der DDR hoch, und für die Männer im Osten war es selbstverständlich, dass Frauen arbeiten und dass sich Männer an Hausarbeit und Kindererziehung beteiligen. Bereits Mitte der fünfziger Jahre war der Gedanke, dass ein Mann sich als Hausmann um das Baby kümmert, während seine Frau studiert, normal (Herzog, 2005, 234). Als Grund für das höhere Gleichberechtigungsbewusstsein kann der hohe Anteil der weiblichen Berufstätigen in der DDR angesehen werden. Die DDR-Regierung benötigte schon seit den 1950er Jahren ständig weibliche Berufstätige zur Lösung des Arbeitskräftemangels (Vgl. Harsch, 2007, 87-93). 1960 waren 45,0 %, der Frauen in der DDR berufstätig, 1970 erhöhte sich ihr Anteil auf 48,3 % und 1980 auf 49,9 %. Im Vergleich dazu waren es in der BRD 1960 nur 36,8 %, 1970 35,8 % und schließlich gab es 1980 einen geringen Anstieg auf 37,9 % (Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, 1990, 130; Statistisches Bundesamt, 1990, 96; Rytlewski, 1987a, 65; Rytlewski, 1987b, 78). Die Beschäftigungsquote lag also in der DDR durchschnittlich ca. 10 % höher.

---

5 Die statistischen Daten zur BRD hat die Verfasserin im folgenden Artikel veröffentlicht. (Mitobe, 2016, 249-265)

## 2.2 Daten zu Eheschließungen und Ehescheidungen

Die Zahl der Eheschließungen in der BRD (bezogen auf 1.000 Einwohner) verringerte sich zwischen 1960 und 1970 von 521.445 (9,4) auf 444.510 (7,3). In der DDR gab es ebenfalls einen Rückgang von 167.583 (9,7) auf 130.723 (7,7). Nach der zweiten Hälfte der 60er Jahre gab es eine unterschiedliche Entwicklung. Während die Eheschließungen in der DDR wieder zunahmen, gingen sie in der BRD weiter zurück. Auch das durchschnittliche Heiratsalter veränderte sich im Laufe der Zeit. In der BRD stieg es etwa ab 1975 an, während es in der DDR erst 1980 zu einer Erhöhung kam. Aber durchschnittlich heirateten in der DDR Männer und Frauen 1-2 Jahre früher als in der BRD. Es gab in der DDR eine Tendenz zu sehr frühen Eheschließungen. Das hatte Gründe in der DDR-Sozial- und Wohnungspolitik. Häufig war der Wohnungsmangel ein Grund dafür, dass man heiratete, weil man dann bevorzugt eine Wohnung zugesprochen bekam. Eine Wohnung bekam man auch eher, wenn man Kinder bekam. Der Schritt in die Selbstständigkeit war für junge Leute immer mit einer eigenen Wohnung verbunden. Dieser Weg führte über das Heiraten und das Kinderbekommen.

Der größte Unterschied zwischen BRD und DDR zeigt sich in der Quote der gerichtlichen Ehelösungen. Die Zahl der Ehescheidungen in der BRD stieg nach 1956 an (46.101), und sie erhöhte sich im Jahr 1976 weiter auf (108.258) (Jahrbuch BRD, 1968, 44; Jahrbuch BRD, 1978, 75). Nach den Ergebnissen vom „Jahrbuch“ betrug der Anteil der Männer, die für eine Erleichterung der Scheidungsgesetze waren, 18 % im Jahr 1966, 42 % im Jahr 1969 und 39 % im Jahr 1973. Bei Frauen waren die Zahlen niedriger, sie stiegen allerdings auch an: von 14 % im Jahr 1966 bis auf 34 % im Jahr 1973. Das Verständnis für Scheidungen verstärkte sich also generell (Noelle, 1974, 67; Noelle-Neumann, 1983, 90). Die Vereinfachung der Ehescheidung wurde durch die Änderung der Ehegesetzgebung in der BRD im Jahr 1976 begünstigt.<sup>6</sup> 1979 meinten 54 % der Männer und 51 % der Frauen, dass Ehen für die Ewigkeit geschlossen werden, während 40 % der Männer und 44 % der Frauen eine Auflösung der Ehe für möglich hielten (Noelle-Neumann, 1983, 88). Anscheinend veränderte sich in der BRD die Auffassung einer absoluten Stabilität von Ehen.

Bezogen auf die DDR ist der Anteil der gerichtlichen Scheidungen hervorzuheben. Er war wesentlich höher als in der BRD, insbesondere nach Mitte der 70er Jahre. Wie McLellan bei seinen Interviews feststellte, wurden weniger Ehen geschlossen und mehr Ehen geschieden. Die Initiative übernahmen die Frauen. Da die Frauen kein soziales Stigma befürchten mussten und finanziell selbständig waren, entschlossen sie sich eher zu Scheidungen, wenn die Ehe nicht ihren Vorstellungen entsprach (McLellan, 2011, 77). Im Vergleich zur BRD war die Eheschließungsrate höher und sie sank von Mitte der 1960er Jahren bis zur Wiedervereinigung nicht. Außerdem

---

<sup>6</sup> Bei der Eherechtsreform von 1976 wurde das Verschuldensprinzip nach schweren Auseinandersetzungen aufgehoben und das Scheitern der Ehe stattdessen als schicksalhafter Prozeß interpretiert. (Kuller, 2004, 52)

heirateten die Ostfrauen früher.

**Tabelle 1: Eheschließungen, durchschnittliches Heiratsalter und Gerichtliche Ehelösungen (BRD und DDR)**

	Eheschließungen (je 1000 Einwohner)		durchschnittliches Heiratsalter				Gerichtliche Ehelösungen (BRD; Ehelösungen)					
	BRD	DDR	BRD		DDR		BRD			DDR		
			Männer (ledig)	Frauen (ledig)	Männer (ledig)	Frauen (ledig)	Insgesamt	Je 10000 Einwohner	Je 10000 bestehende Ehen	Insgesamt	Je 10000 Einwohner	Je 10000 bestehende Ehen
1950	535.708 (10,7)	214.744 (11,7)	31,0 (28,1)	27,4 (25,4)	—	—	84.740	16,9	67,5	49.860	27,1	109,0
1955	461.818 (8,8)	155.410 (8,7)	29,8 (27,0)	26,2 (24,4)	29,5 (26,4)	26,4 (23,2)	48.277	9,2	36,3	25.736	—	—
1960	521.445 (9,4)	167.583 (9,7)	28,5 (25,9)	25,2 (23,7)	27,6 (25,0)	25,0 (22,5)	48.874	8,8	35,7	24.540	14,2	—
1965	492.128 (8,3)	129.002 (7,6)	28,5 (26,0)	25,4 (23,7)	28,1 (25,5)	25,5 (22,9)	58.718	10,0	39,2	26.576	—	—
1970	444.510 (7,3)	130.723 (7,7)	28,3 (25,6)	24,9 (23,0)	27,5 (24,5)	24,5 (21,9)	76.520	12,6	50,9	27.407	16,1	63,9
1975	386.681 (6,3)	142.130 (8,4)	28,4 (25,3)	25,1 (22,7)	26,5 (23,8)	23,8 (21,3)	106.829	17,3	67,4	41.632	—	—
1980	362.408 (5,9)	134.195 (8,0)	29,0 (26,1)	25,8 (23,4)	26,5 (23,8)	23,8 (21,3)	96.222	15,6	61,3	44.794	26,8	106,6
1985	364.661 (6,0)	131.514 (7,9)	30,3 (27,2)	27,1 (24,6)	27,9 (25,2)	25,2 (22,2)	128.124	21,0	86,1	51.240	30,8	125,1
1989	398.608 (6,4)	130.989 (7,9)	31,2 (28,2)	28,2 (25,7)	29,2 (26,5)	26,5 (23,2)	126.628	20,4	84,6	50.063	30,1	122,8

Quelle: Statistisches Bundesamt, 1980, 75; Ebenda, 1992, 73-75; Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, 1990, 403, 404, 417; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 1998, 86.

### 2.3 Daten zur Geburtenrate

Die Zahl der Lebendgeborenen und die Geburtenrate in der BRD stiegen zwischen 1946 (732.998/2,00) und 1949 (832.803/2,15) an und sanken danach bis 1953 (796.096/2,04) ab. Nach dem Babyboom, d.h. ab 1964 (1.065.437/2,54), verminderte sich die Geburtenrate. Ob das Glücken von Ehen davon abhängt, ob sie Kinder haben, wurde von den Bundesdeutschen unterschiedlich gesehen. 1972 meinten 47 % der Befragten, dass Kinder wesentlich für glückliche Ehen sind, während es 44 % negierten. Bei den unter 30-Jährigen meinten nur noch 27 % der Männer und Frauen, dass Kinder für glückliche Ehen entscheidend sind, während 52 % der Männer und 65 % der Frauen das verneinten (Noelle, 1974, 68). Die zunehmende Ansicht, dass auch Ehen ohne Kinder glücklich sein können, führte zu einer geringeren Kinderzahl.

Die Situation in der DDR war anders. Die Geburtenrate war bis auf die 60er Jahre generell höher als in der BRD (McLellan, 2011, 96). Nach Timm wurde die

**Tabelle 2: Lebendgeborene und Außereheliche Lebendgeborene (BRD)**

	Lebendgeborene			Außereheliche Lebendgeborene	
	Zahl der Lebendgeborene	Geburtenrate	Auf 1.000 Einwohner	Zahl der außerehe. Lebendgeborene	Außerehe. Kinder bezogen auf 1000 Lebendgeborene
1946	732.998	2,00	16,1	120.084	163,8
1950	812.835	2,09	16,2	79.075	97,3
1955	820.128	2,10	15,7	64.427	78,6
1960	968.629	2,36	17,4	61.330	63,3
1965	1.044.328	2,51	17,7	48.977	46,9
1970	810.808	2,01	13,4	44.280	54,6
1975	600.512	1,45	9,7	36.774	61,2
1980	620.657	1,44	10,1	46.923	75,6

Quelle: Statistisches Bundesamt, 1952-1982; Statistisches Bundesamt Wiesbaden, 1972.



höhere Geburtenrate als Argument für die Überlegenheit des sozialistischen Staates angeführt. Es sei der Beweis dafür, dass die Menschen sicherer in die Zukunft blickten, weil sie in einer sozial gleichberechtigten Gesellschaft lebten. Ihre finanzielle Absicherung durch die Krankenversicherung lasse sie über ihre Fortpflanzung rational entscheiden (Timm, 2010, 289-290; Vgl. McLellan, 2011, 13).

Die Zahl der außerehelichen Kinder kann als ein weiteres Kriterium für die Situation in der BRD herangezogen werden. Die Zahl der außerehelichen Kinder bezogen auf 1000 Lebendgeburten

**Tabelle 3: Lebendgeborene verheirateter und nicht verheirateter Mütter (DDR)**

	Lebendgeborene				
	Zahl der Lebendgeborene	Geburtenrate	Auf 1.000 Einwohner	Mütter verheiratet	Mütter nicht verheiratet
1946	188.679	—	10,4	—	—
1950	303.866	2,37	16,5	—	—
1955	293.280	2,34	16,3	259.615	39.167
1960	292.985	2,33	17,0	263.087	34.663
1965	281.058	2,48	16,5	256.745	27.978
1970	236.929	2,19	13,9	207.553	31.878
1975	181.798	1,54	10,8	153.639	29.590
1980	245.132	1,94	14,6	190.345	56.433

Quelle: Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, 1990, 403, 404, 420; Hubert, 1998, 288, 351.

reduzierte sich zunächst. Sie betrug 1966 45,6 (47.854) und stieg 1975 auf 61,2 (36.774) an. Als Grund für dieses Phänomen kann angesehen werden, dass Geburt und Kindererziehung nicht auf Ehen beschränkt waren. Das Zusammenleben ohne Eheschließung war verbreitet und gehörte zum alternativen Lebensstil. Eine Allensbach-Untersuchung im Jahr 1966 ging in der BRD der Frage nach, ob uneheliche Kinder ehelichen gleichgestellt sind oder ob Unterschiede gemacht werden. 46 % der ProbandInnen gaben an, dass Unterschiede gemacht werden, wohingegen 36 % von einer Gleichstellung ausgingen. Die Antwort auf die 1968 gestellte Frage: „Sollten uneheliche Kinder die gleichen Rechte gegenüber dem Vater bekommen wie eheliche Kinder oder nicht die gleichen Rechte?“ zeigte ein anderes Bild. Jetzt waren 82 % der Befragten für „Gleiche Rechte“ und nur 9 % für „Nicht die gleichen Rechte“ (Noelle, 1967, 50; Noelle, 1974, 77). Die zunächst diskriminierende Ansicht gegen die unehelichen Kinder veränderte sich in den 60er Jahren allmählich.

In der DDR wurde die Gleichberechtigung ehelicher und nichtehelicher Kinder bereits zeitig durch das “Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau” vom 27. September 1950 geregelt. Es garantierte den gleichen Status. Sicherlich ist das ein Grund für die prozentual höhere Anzahl unehelicher Kinder in der DDR (Harsch, 1997, 62). Während die Bevölkerungsanzahl der DDR im Jahr 1960 im Vergleich zu BRD nur 30,7 % betrug (BRD: 55.958.321, DDR: 17.188.488), war der Anteil der unehelichen Kinder 56,5 % (BRD: 61.330, DDR: 34.663) (Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, 1990, 63; Statistisches Bundesamt, 1990, 51).

## 2.4 Daten zur Problematik von Verhütung

Befragungen im Jahr 1963 in der BRD ergaben, dass 66 % der verheirateten Männer und 62 % der verheirateten Frauen eine Geburtenkontrolle befürworteten (Noelle-

Neumann, 1977, 152). Aber 1976 antworteten 32 % der verheirateten Männer und 62 % der verheirateten Frauen, dass sie selbst nicht verhüten, obwohl 88 % der verheirateten Männer und 86 % der verheirateten Frauen der Empfängnisverhütung zustimmten (Noelle-Neumann, 1977, 152).

Andererseits wuchs die Anzahl der Frauen, die die „Antibabypille“ nahmen, nach den späten 60er Jahren rapide, seitdem der Verkauf der Pille (Anbieter Schering) 1961 in der BRD anfang. 1964 nahmen allerdings nur 2.000 Frauen die Pille. 1968 geht man von 1,4 Millionen aus. 1977 erhöhte sich die Zahl auf 3,8 Millionen. Demzufolge stieg die Quote von 1966 bis 1981 von 9 % auf 44 % an (Herzog, 2006, 273-274). Laut Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (1972) nahmen ca. 40 % der Frauen in ganz Westdeutschland die Pille, wobei ca. 80 % der befragten Frauen Bedenken wegen der Nebenwirkungen der Pille hatten (Bundesarchiv Koblenz 310-687, 48, 49, 52, 53; Noelle, 1967, 50).

Auf die 1968 gestellte Frage nach der Wirksamkeit der Pille wurde überwiegend zustimmend geantwortet. Der Behauptung: „Seit es die Anti-Baby-Pille gibt, brauchen Frauen nicht mehr zu fürchten, dass sie ungewollt ein Kind bekommen“ stimmten 51 % der Befragten zu, bei Frauen unter 50 Jahren waren es sogar 61 % (Noelle, 1974, 78). Im gleichen Jahr waren allerdings auch 64 % der Frauen und 61 % der Männer und Frauen der Meinung, dass sich durch die Anti-Baby-Pille die Moral der jungen Mädchen und Frauen verschlechtern wird, dass sie leichtsinnig werden (Noelle, 1974, 79). Insgesamt bedeutete die Einnahme der Pille eine Befreiung der Schwangerschaft und Sexualität, allerdings auch ein körperliches Risiko für Frauen wegen der Möglichkeit von Nebenwirkungen (Herzog, 2006, 281).

Die Verbreitung und Akzeptanz der „Wunschkind-Pille“ in der DDR war wesentlich höher. Die Pille wurde in der DDR erst 1965 auf den Markt gebracht, 1972 wurden Verhütungsmittel inklusive der Pille durch die fachärztliche Verordnung für die Frauen ab 16 Jahren kostenlos abgegeben (dpa Deutsche Presse-Agentur, 1974c, 3; Harsch, 2007, 268). 50 % der Frauen im gebärfähigen Alter nahmen die Pille. Die Einnahme hormonaler Verhütungsmittel ist im Laufe der Jahre stetig gestiegen. 1978 hatten 62 % der Frauen bisher schon einmal die Pille angewandt, 1990 waren es 86 %. Nach Untersuchungen von 1978 haben 38 % der Frauen u.a. aus folgenden Gründen die Pille nicht angewendet: Angst vor gesundheitlichen Schäden (20 %), bisher keine Pille benötigt, da keine Partnerschaft (22 %), Planung einer Schwangerschaft (39 %), generelle Ablehnung der Pille (7 %) (Henning, 1991, 351, 352).

## ***2.5 Daten zur Problematik der Abtreibung<sup>7</sup>***

Die Zahl der legalen Abtreibungen war in der DDR wesentlich höher als die in der BRD, obwohl die Einwohnerzahl 1970 in der BRD etwa 3,6-mal so groß wie die in der DDR war. Nach Herzog lag die Zahl der illegalen Abtreibungen in den 60er Jahren in der DDR zwischen 750.000 und einer Million (Herzog, 2006, 268-269).

Der Verlauf bis zur Legalisierung der Abtreibung unterschied sich im Vergleich

---

<sup>7</sup> see Anton/Mitobe/Schulz, 2012, 109-112.

zwischen der BRD und der DDR. In der BRD begann gleich nach der 68er-Bewegung eine große Auseinandersetzung mit der Abtreibung. Die Frauenaktion 70 (später Aktion 70), die 1969 in Frankfurt gegründet wurde, und AkteurInnen wie Alice Schwarzer förderten die Bewegung zur Legalisierung der Abtreibung.

Laut „Jahrbuch“ gab es einen rapiden Anstieg der Befürwortung der Legalisierung von 46 % im Jahr 1971 bis auf 79 % im Jahr 1973 (dpa Deutsche Presse-Agentur, 1974a, 4). Während 63 % von 931 befragten Männern für die Legalisierung der Abtreibung waren, votierten 55 % von 1.065 Frauen dafür (Die Welt, 1971). Betrachtet man die religiöse Bindung, befürworteten 50 % der Protestanten und 38 % der Katholiken die Möglichkeit der Schwangerschaftsunterbrechung und forderten die Abschaffung des Strafgesetzbuchparagrafen § 218 (Allensbacher Berichte, 1971; Frankfurter Rundschau, 1971). In der BRD gab es zur Thematik der Abtreibung eine Massenbewegung und eine öffentliche Diskussion über Klassen, Religionen, Parteien und Geschlechter hinweg. 1976 wurde die Abtreibung bei medizinischen, eugenischen, kriminologischen und sozialen (ökonomischen) Indikationen legalisiert. Gleichzeitig wurde eine vorteilhafte Familienpolitik praktiziert wie Kindergeld, Erziehungsgeld, Familienlastenausgleich, finanzielle Unterstützungen für den Aufbau der Familie, Gesetzesänderung zum Mutterschutz, kostenlose Empfängnisverhütung (dpa Deutsche Presse-Agentur, 1974b, 4-5, 15).

1965 wurde in der DDR die Abtreibung unter bestimmten Bedingungen legalisiert. Folgende Gründe wurden anerkannt: 1) medizinische Gründe (seelische und körperliche Gefahr der Mutter); 2) eugenische Gründe; 3) wenn die Frau älter als 40 Jahre oder jünger als 16 war; 4) wenn die Frau schon über fünf Kinder zu ernähren hatte; 5) wenn die Frau ihr viertes Kind innerhalb von 15 Monaten nach ihrem dritten Kind erwartete; 6) wenn die Frau zur Schwangerschaft durch sexuelle Vergewaltigung, Inzest oder andere kriminelle Handlungen schwanger geworden war (Thietz, 1992, 200-204; Harsch, 1997, 62).

Nachdem Erich Honecker im Jahr 1971 von Walter Ulbricht den Parteivorsitz übernommen hatte, wurde ein erneuter Vorstoß im Sekretariat des Zentralkomitees gewagt, um den Frauen die deklarierte Emanzipation auch in der Frage der selbstbestimmten Schwangerschaft zuzusichern. Der

**Tabelle 4: Abtreibung (BRD und DDR)**

	Zahl der legalen Abtreibung		Abtreibung je 1000 Lebendgeburten	
	BRD	DDR	BRD	DDR
1965	2.165	—	—	—
1966	1.773	17.558	—	—
1967	2.369	20.595	—	—
1968	1.687	21.582	—	—
1969	1.005	20.068	—	—
1970	771	20.226	—	—
1971	584	18.700	—	—
1972	476	115.600	49,9*	568,7*
1973	—	113.232	38,3*	614,4*
1974	—	99.757	—	557,0
1975	19.076	88.756	—	488,2
1976	24.072	83.207	—	425,6
1977	54.309	80.145	—	359,1
1978	73.548	79.087	—	340,7
1979	82.788	85.135	—	361,9
1980	—	92.103	141,3*	375,7*

Quelle: Thietz, 1992, 218; dpa Deutsche Presse-Agentur, 1974c, 5; Harsch, 2007, 271. Die Zahl\* ist aus McLellan, 2011, 58.

Staat brauchte die Frauen als Arbeitskräfte und war an einem Umstieg der Frauen von Teil- auf Vollzeitarbeit interessiert, denn von den 48,3 % der weiblichen Berufstätigen arbeiteten 29 % verkürzt (Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, 1990, 129, 130; Thietz, 1992, 137, 140-143).

Schließlich wurde am 9. März 1972 die Schwangerschaftsunterbrechung innerhalb von 12 Wochen nach der Zeugung durch einen ärztlichen Eingriff in einer geburtshilflich-gynäkologischen Einrichtung von der Volkskammer legitimiert. Ein Eingriff war auch dann möglich, wenn die Frau an einer Krankheit litt bzw. wenn seit der letzten Unterbrechung weniger als 6 Monate vergangen waren (Volkskammer, 1972; Harsch, 1997, 82).

Dabei waren die Vorbereitung, Durchführung und Nachbehandlung einer zulässigen Unterbrechung der Schwangerschaft arbeits- und versicherungsrechtlich dem Erkrankungsfall gleichgestellt, und die Abgabe ärztlich verordneter schwangerschaftsverhütender Mittel an sozialversicherte Frauen erfolgte unentgeltlich. Das galt ausnahmslos für alle Frauen, die in der DDR lebten (Thietz, 1972, 163-164). Durch diese gesetzliche Regelung kam es zu einer rapiden Zunahme legalisierter Abtreibungen nach 1965. Außerdem gab es kleinere Bewegungen und Petitionen, auch ausgelöst durch Liberalisierungsbewegungen bezüglich der Abtreibung in der BRD nach 1966, die die gesetzliche Festschreibung der Legalisation auch in der DDR förderten. Man wollte die Abtreibung früher legal machen als in der BRD und Abtreibungstourismus nach Polen unterbinden, wo es eine Legalisierung von Abtreibungen auch für Ausländer gab (Neues Deutschland, 1971; Harsch, 1997, 80-82.). In der DDR beschäftigte man sich nicht nur mit der Frage der Geburtenkontrolle und Abtreibung, sondern veranlasste auch familienpolitische Maßnahmen und verstärkte die Aufklärungstätigkeit, um den Anteil weiblicher Arbeitskräfte zu erhöhen und trotzdem die Geburtenrate zu erhalten (McLellan, 2011, 60).

Zur Familienpolitik gehörten die Vergabe großer Wohnungen für Familien mit vielen Kindern, Kredite zur Familiengründung (1.000 DDR-Mark für das erste Kind, 2.500 DDR-Mark für das dritte Kind und keine Rückzahlverpflichtung), ganztägige Kindertagesstätten (4.593) und Kindergärten (73 Plätze pro 100 Kinder), Sonderurlaub bei Geburt des Kindes (vier Wochen und Jahresurlaub), Geburtenzuschuss und Erziehungsgeld (1.000 Mark pro Kind), Verkürzung der Arbeitszeit für Mütter (40 Stunden pro Woche), Schwangerenberatungsstellen (1.046 im Jahr 1970), Mütterberatungsstellen (10.275 im Jahr 1970) und die kostenlose Verteilung von Empfängnisverhütungsmitteln (Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, 1990, 377; Vorwärts, 1975; dpa Deutsche Presse-Agentur, 1974c, 3).

## ***2.6 Daten zu außerehelichem Geschlechtsverkehr, Prostitution, Homosexualität und Pornografie***

Die wirtschaftspolitischen Konstellationen der Nachkriegszeit wirkten sich in beiden deutschen Staaten auch auf sexuelle Praktiken aus, die außerhalb von Familie und Ehe standen und die in dieser Arbeit anhand der Begriffe „außerehelicher

Geschlechtsverkehr“, „Prostitution“, „Homosexualität“ und „Pornografie“ präsentiert werden und deren Bedeutung für die sexuelle Befreiung der Nachkriegsgeneration insofern wichtig war, als dass verschiedene Lebensentwürfe und –einstellungen wachsende Akzeptanz und einen offenerem Umgang miteinander bewirkten und Stigmatisierungen entgegensteuerten.

Nach dem „Jahrbuch“ von 1976/77 gaben für die BRD im Jahr 1949 23 % der Männer sexuelle Beziehungen neben der Ehe an. 1963 sank die Zahl auf 17 % ab, um dann 1976 wieder auf 26 % anzusteigen. Bei den Frauen hatten 1949 etwa 10 % außereheliche Beziehungen. Später, also 1963 und 1976, bejahten sogar nur 3 % der verheirateten Frauen solche Erfahrungen. Andererseits antworteten 68 % (1949), 76 % (1963) und 67 % (1976) der verheirateten Männer mit „Nein“, während es 87 %, 88 % und 85 % der verheirateten Frauen verneinten. Weniger als ein Drittel der befragten Männer und mehrheitlich weniger als ein Zehntel der befragten Frauen bekannten sich demnach zu außerehelichen Beziehungen. Daraus kann man ableiten, dass überwiegend eine Treuetendenz bestand, die bei Frauen stärker ausgeprägt war. Im Jahr 1976 hatte ein Viertel der verheirateten Männer außereheliche Beziehungen (Noelle-Neumann, 1977, 150).

Im „Jahrbuch“ wurde nach der Rolle von Prostitution gefragt. 1949 waren 69 % der verheirateten Männer der Meinung, dass es sich um ein notwendiges Übel bzw. eine nützliche Einrichtung handele. Die quasi Akzeptanz dieses Verhaltens stieg 1963 auf 87 % und 1976 auf 94 % an. Frauen betrachteten dieses Sexualverhalten skeptischer. 1949 werteten es 59 % als notwendiges Übel bzw. nützliche Einrichtung. 1963 stieg die Toleranz um 10 % an, um dann 1976 von 88 % der Frauen so gesehen zu werden. Wenngleich die Frauen etwas zurückhaltender waren, kann generell von einer zunehmenden Toleranz gegenüber diesem Sexualverhalten ausgegangen werden (Noelle-Neumann, 1977, 144).

Die Prostitution spielte offiziell in der DDR keine große Rolle und wurde von den meisten Menschen nicht bewusst wahrgenommen (Herzog, 2006, 266). Die Marginalität des Themas Prostitution lässt sich in der DDR aus den Pro-Kopf-Zahlen der professionellen Prostituierten ableiten. „Legt man für die BRD die vom Prostituiertenprojekt Hydra geschätzte Zahl von 400.000 Prostituierten zugrunde und rechnet dies auf die Einwohnerzahl der DDR um, so entspräche das etwa 105.000 Prostituierten. Nach Insider-Berichten soll es aber nur ca. 3.000 aktive Prostituierte in der DDR gegeben haben, was 2,6 % des quantitativen Westniveaus bedeuten würde“<sup>8</sup> (Falck, 1998, 19). Prostitution war gesetzlich verboten und spielte in der öffentlichen Diskussion eine geringe Rolle.<sup>9</sup> Andererseits existierten sicher Prostituierte in der Honecker-Zeit. Es sprach sich herum, dass zur Leipziger Messe Prostituierte von

---

8 Laut Falck repräsentiert diese Zahl nicht die Gesamtheit der Frauen, die für Geschenke-Sex zugänglich waren.

9 Vgl. Strafgesetzbuch, § 123: „Wer die Prostitution ausnutzt oder fördert, um daraus Einkünfte zu beziehen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung bestraft. Zusätzlich kann Aufenthaltsbeschränkung angeordnet werden. Sowohl heterosexuelle als auch homosexuelle Prostitution wurden im Strafgesetz erfasst.“ (Staatsverlag der DDR, 1987, 318)

staatlicher Seite akzeptiert wurden (McLellan, 2011, 101).<sup>10</sup> Brüning verweist auf ein Beispiel aus Archivquellen, wonach einige inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit auch zur Leipziger Messe z.B. Polinnen an zahlungskräftige Gäste vermittelten (Brüning, 2020, 247).

Die Akzeptanz von Homosexualität veränderte sich laut „Jahrbuch“ in der BRD im Zeitverlauf. Noch 1949 fassten diese Form des Zusammenlebens 53 % der befragten verheirateten Männer als ein Laster auf. 1963 sank diese Zahl auf 47 % und 1976 auf 25 %. Auch bei den verheirateten Frauen verringerte sich die Stigmatisierung von 48 % im Jahre 1963 auf 20 % im Jahr 1976. Nachdem 1969 die Homosexualität für Erwachsene legalisiert wurde, verringerte sich die negative Einstellung deutlich (um 50 %). Allerdings waren zwischen 40-50 % der Bundesdeutschen noch immer der Ansicht, dass es sich bei der Homosexualität um eine Krankheit handle. Die Auffassung, dass dies eine natürliche Sache sei, wurde 1963 nur von 5 % der verheirateten Männer und Frauen geteilt. 1976 fassten es 20 % der verheirateten Männer und 13 % der verheirateten Frauen als natürliches Sexualverhalten auf (Noelle-Neumann, 1977, 144). Demnach wuchs das Verständnis für Homosexualität allmählich. Statistische Ergebnisse zu Einstellungen der DDR-Bevölkerung gegenüber Homosexualität liegen der Verfasserin nicht vor. Von staatlicher Seite gab es Liberalisierungsbestrebungen, die 1968 zu einer Legalisierung der Straffreiheit von Homosexualität zwischen Erwachsenen führten. Allerdings war Homophobie nach wie vor vorhanden, wurde aber nicht offen diskutiert und von staatlicher Seite eher marginalisiert. (McLellan, 2011, 212-213)

Ab Mitte der 60er Jahre kam es zu einem deutlichen Anstieg von Veröffentlichungen mit pornografischen Darstellungen in Zeitschriften und Filmen, der nach Eitler in den 70er Jahren zu einem explodierenden Markt für pornografische Publikationen führt (Eitler, 2013, 275). So äußert er, dass in der BRD allein zwischen 1968 und 1978 fast eintausend Hardcore- und vor allem Softcore-Pornofilme ins Kino gekommen sind. Allerdings haben sich feministische Bestrebungen von Anfang an gegen diese aus ihrer Sicht unwürdige Darstellung von Frauen ausgesprochen. In der DDR war Pornografie gesetzlich verboten. Es gab Aktdarstellungen in wenigen Medien, z.B. in der Zeitschrift „Magazin“, die in der DDR als Form der künstlerischen Fotografie betrachtet wurden. Pornografie galt in der DDR als Rechtsverstoß.<sup>11</sup> Auffassungen zur Sexualität in der DDR standen nach McLellan im Kontrast zur BRD oder zu den USA, wo Sexualität stärker vermarktet wurde. In der DDR wurde

---

10 Vgl. Falck, 1998; Vgl. Brüning, 2020; Vgl. ‘Stasi mit Sex und Peitschen,’ *Focus 11* (2002), [www.focus.de/politik/deutschland/stasi-mit-und-peitschen\\_aid\\_203726.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/stasi-mit-und-peitschen_aid_203726.html); Vgl. Frage 3-3) der Umfrageuntersuchung in Dresden.

11 Vgl. Strafgesetzbuch, § 125: „Wer pornografische Schriften oder andere pornografische Aufzeichnungen, Abbildungen, Filme oder Darstellungen verbreitet oder sonst der Öffentlichkeit zugänglich macht, sie zu diesem Zwecke herstellt, einführt oder sich verschafft, wird mit öffentlichem Tadel, Geldstrafe, Verurteilung auf Bewährung oder mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren bestraft. Sie sind von sexuellen bzw. erotischen Darlegungen oder Darstellungen in der wissenschaftlichen und schöngeistigen Literatur und Kunst zu unterscheiden.“ (Staatsverlag der DDR, 1987, 319-320).

der Zusammenhang zwischen Sex und Liebe sehr betont. Kommerzielle Interessen waren verpönt (McLellan, 2011, 98). Mit der Ablehnung von Prostitution und Pornografie wirkte die DDR nach westlichen Maßstäben prüde (Herzog, 2006, 266).

## 2.7 Spezielle Untersuchungen zur Situation von Jugendlichen

Im Folgenden soll noch auf zwei Untersuchungen eingegangen werden, die sich speziell mit dem Sexualverhalten Jugendlicher beschäftigt haben. Vom Institut für Sexualforschung an der Universität Hamburg wurde im Frühjahr 1966 unter der Leitung von Hans Giese (1920-1970) eine Befragung durchgeführt.<sup>12</sup> Neben Fragen zur Masturbation und zum Petting wurden Fragen zum vorehelichen Koitusvorkommen, zur Koitusenthaltbarkeit, zu außerehelichem Koitusvorkommen, zur Prostitution, zur Empfängnisverhütung und zur Schwangerschaftsunterbrechung gestellt. In der folgenden Tabelle 5 wurden wesentliche Ergebnisse dieser Befragung zusammengestellt.

<b>Außereheliches Koitusvorkommen (A.K.)</b>	56 % der männl. und 72 % der weibl. Studenten waren gegen das männl. A.K.; 69 % der männl. und 73 % der weibl. Studenten waren gegen das weibl. A.K. (Giese, 1968, 147, 221)
<b>Prostitution</b>	23 % der männl. Studenten erfuhren den Koitus mit Prostituierten. 23 % der männl. und 18 % der weibl. Studenten betrachteten die Prostitution als eine nützliche Einrichtung, und 65 % der männl. und 64 % der weibl. Studenten als ein notwendiges Übel. (Giese, 1968, 147, 221)
<b>Empfängnisverhütung (E.v.)</b>	Über 90 % der Koituserfahrenen ledigen Studenten hatten Erfahrung mit der E.v.; 80 % der männl. und 71 % der weibl. Studenten bezeichneten es als zulässig, inkl. der Katholiken. (Giese, 1968, 187-192, 218-220)
<b>Voreheliches Koitusvorkommen (V.K.)</b>	Das Durchschnittsalter der ersten Koituserfahrung lag 1966 bei männlichen Studenten bei 21,3 und bei weiblichen bei 21,8 Jahren. 62 % der männl. und 61 % der weibl. Studenten hatten Erfahrung des V.K. 91 % der männl. und 90 % der weibl. Studenten waren für das männl. V.K. 89 % der männl. und 86 % der weibl. Studenten waren für das weibl. V.K. (Giese, 1968, 140, 187, 188, 218)
<b>Koitusenthaltbarkeit (K.e.)</b>	941 (33 %) der männl. und 335 (40 %) der weibl. Studenten waren für die K.e. Welche Gründe gaben die ProbandInnen an? Männl. Studenten: Partnerbedingt (keinen geeigneten Partner, Partner lehnt Beziehungen ab) (44 %), moralische Bedenken (33 %), Furcht vor Schwangerschaft (13 %), fehlendes sexuelles Verlangen (6 %), und Angst vor Versagen (4 %) Weibl. Studenten: moralische Bedenken (39 %), Furcht vor Schwangerschaft (23 %), fehlendes sexuelles Interesse (18 %), Fehlen eines geeigneten Partners (18 %) (Giese, 1968, 133, 134, 158)
<b>Masturbation</b>	48 % der männlichen Studenten und 22 % der weiblichen Studenten mit 13 Jahren und jünger, 86 % und 38 % mit 18 Jahren, 92 % und 67 % mit 25 Jahren (Giese, 1968, 74)
<b>Petting</b>	6 % der männl. und 2 % der weibl. Studenten mit 14 Jahren, 51 % und 51 % mit 20 Jahren, 70 % und 71 % mit 25 Jahren (Giese, 1968, 96)

Giese zog aus diesen Umfrageergebnissen die Schlussfolgerung, dass ein grosser Unterschied zwischen der gesellschaftlich legitimierten und der gelebten inoffiziellen Moral bestehe. Zwischen Mitte der 60er und in den 70er Jahren änderten sich die Sexualnorm und die Ansicht zur Geburtenkontrolle. Es kam nicht nur zur Verbreitung einer neuen Sexualnorm, sondern auch zu einer tatsächlichen sexuellen Befreiung: Masturbation, Petting, voreheliches Koitusvorkommen und Empfängnisverhütung waren selbstverständlich. Der Schwangerschaftsunterbrechung und der Prostitution wurde Verständnis entgegengebracht. 23 % der männlichen und 18 % der weiblichen Studierenden sahen Prostitution als eine nützliche Einrichtung an. Demgegenüber sahen 65 % der männlichen und 64 % der weiblichen Studierenden sie als

<sup>12</sup> Dieses Institut hatte ursprünglich 4.626 männliche und 1.502 weibliche Personen befragt, 2.835 männliche und 831 weibliche Studierende gaben verwertbare Antworten. (Giese, 1968, 23). Vgl. Mitobe, 2014, 389-399.

notwendiges Übel an. Allerdings wurde außerehelicher Koitus kritisch gesehen. Außerehelicher Geschlechtsverkehr wurde von 44 % der männlichen und 28 % der weiblichen Befragten für Männer nicht toleriert. Gegen außerehelichen Geschlechtsverkehr von Frauen sprachen sich 31 % der Männer und 27 % der Frauen aus.

Auf die neue Sexualmoral der Jugend reagierten die Elterngeneration und das Bundesministerium für Familie und Jugend aber nicht sofort, da immer noch die Kernfamilie, die Hausfrau, die Beschränkung des Geschlechtsverkehrs auf die Ehe und die Aufrechterhaltung des traditionellen Ehestils als Ideal angesehen wurde. Im Gegensatz zur konservativen Position des Bundesministeriums für Familie und Jugend förderte das Gesundheitsministerium die Sexualerziehung seit 1965 allmählich. So wurde vor allem versucht die Aufklärung zu verstärken. Eine Maßnahme dazu war z.B. die Herausgabe des „Sexualkunde-Atlas“ (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, 1969).<sup>13</sup>

Zur Situation der Jugendlichen in der DDR liegen interessante Ergebnisse von Schnabel vor. Das von ihm zwischen 1966 und 1988 gewonnene Material beruht auf schriftlich-anonymen Fragebogenantworten von 2000 annähernd repräsentativen Gewährspersonen aus allen Sozial-, Berufs- und Altersgruppen.

So wurde z.B. das Alter beim ersten Koitus ermittelt. Vorehelicher Geschlechtsverkehr war selbstverständlich und wurde früh realisiert. 53,6 % der Studierenden antworteten im Jahr 1972 „unter 18“ und auch 57,5 % der jungen Arbeiter antworteten mit „unter 18.“ Die Ergebnisse zeigen, dass die Jugend in der DDR den Geschlechtsverkehr viel früher ausübte als in der BRD, wie auch Giese feststellte. Giese hatte für die BRD ermittelt, dass das Durchschnittsalter der ersten Koituserfahrung bei männlichen

**Tabelle 6: Zahl bisheriger Geschlechtspartner (DDR)**

Partnerzahl	Frauen		Männer	
	1968	1988	1968	1988
1-2	62	47	31	33
3-5 (4)	26	28	28	23
Ab 6 (5)	7	19	35	35
noch keinen Koitus oder keine Angaben	5	7	6	9

1988 wurden Personen mit bisher 3-4 und ab 5 Partnern zusammengefasst.

Quelle: Schnabl, 1991, 22-23.

**Tabelle 7: Alter beim ersten Koitus (DDR)**

	Frauen		Männer	
	1968	1988	1968	1988
bis 15 Jahre	3	5	4	5
bis 16 Jahre	9	16	10	11
bis 17 Jahre	18	25	13	19
bis 18 Jahre	19	24	24	21
Kohabitarche bis 18 insgesamt	49	70	51	56

Quelle: Schnabl, 1991, 20.

<sup>13</sup> Der „Sexualkunde-Atlas“ wurde seit 1966 durch die damalige Gesundheitsministerin am Kabinetttisch der Großen Koalition (1966-1969) Frau Käthe Strobel (SPD) vorbereitet. Der „Sexualkunde-Atlas“ hatte folgenden Inhalt: 1. Die biologischen Grundlagen der Entwicklung, 2. Die Unterschiede der Geschlechter, 3. Eireifung und Menstruation, 4. Befruchtung, 5. Schwangerschaft, 6. Geburtsverlauf, 7. Rhesusfaktor, 8. Zwillinge, 9. Empfängnisregelung (Knaus-Ogino, Basaltemperaturmessung, Unterbrochener Geschlechtsverkehr, Hormonpille, Gebärmutterkappe, Schleife, Präservativ, Chemische Mittel), 10. Schwangerschaftsunterbrechung, 11. Geschlechtskrankheiten (Syphilis, Tripper, die Behandlung, Schutz), 12. Körperhygiene. Ferner enthielt das Buch ein Verzeichnis der Literatur zur Sexualerziehung. Adressaten des Buches sollten 14jährige Schüler sein. Vgl. Mitobe, 2016, 265-269.



Studenten bei 21,3 Jahren und bei weiblichen Studenten bei 21,8 Jahren lag.

Wichtige Daten zur DDR kommen auch von Harsch. So führt er an, dass 1962 85 % der Erstgeborenen nach unehelicher Schwangerschaft zur Welt kamen (Harsch, 2007, 291). Hinsichtlich der Zahl der GeschlechtspartnerInnen zeigt sich, dass es bei Frauen im Vergleich von 1968 zu 1988 bei einem deutlichen Anstieg kam, während sie bei den Männern konstant blieb. Nach Schnabls Ansicht gab es einen früheren Beginn sexueller Kontakte, nicht nur des Koitus. Er geht von einem höheren Prozentsatz des sexuellen Verlangens in Partnerschaften in der damaligen DDR aus (Schnabl, 1991, 22-23).

## ***2.8 Zusammenfassung der wissenschaftlichen Literaturbefunde und statistischen Belege***

Aus dem bisherigen Diskussionsverlauf und Befunden lassen sich folgende Einsichten herausarbeiten: Die klassische Geschlechtsrollenverteilung in der Familie unterschied sich zwischen BRD und DDR. In der DDR war die Ehe von Anfang an nicht mehr auf Geburt, Hausfrauenrolle und Kindererziehung reduziert, während im Frauenbild der Bundesrepublik noch sehr lange weniger die Berufstätigkeit als vielmehr die Hausfrauenrolle favorisiert wurde. Als eine wesentliche Ursache bzw. Folge dieser Differenz kann angesehen werden, dass die Beschäftigtenquote in der DDR durchschnittlich 10 % höher lag. Der sozialistische Staat brauchte die Frauen als Arbeitskräfte. Die dadurch bedingte größere wirtschaftliche Selbständigkeit der Frauen in der DDR beseitigte die Abhängigkeit vom Ehemann und von den Eltern. Für die Männer im Osten war es theoretisch selbstverständlich, dass Frauen arbeiten und dass sich Männer an Hausarbeit und Kindererziehung beteiligen. In der Praxis allerdings trug die Frau in der Regel eine Mehrbelastung, da sie neben ihrer Arbeit immer noch den Hauptteil des Haushaltes zu bewältigen hatte.

Die Ehe als Ideal des Zusammenlebens war in beiden deutschen Staaten als Grundwert verankert. Bis zur Mitte der 60er Jahre kam es in Ost und West zunächst zu einem Rückgang von Eheschließungen. Danach gab es eine unterschiedliche Entwicklung in den beiden deutschen Staaten. Der Anstieg der Eheschließungen in der DDR ist vermutlich auf sozialpolitische Maßnahmen zurückzuführen, so wurde z.B. die Wohnungsvergabe an die Eheschließung gekoppelt und es wurden weitere Vorteile zur Förderung von Ehen von staatlicher Seite geschaffen. Die Ehen in der DDR wurden in der Regel 1-2 Jahre eher geschlossen als in der BRD.

Die Beschränkung des Geschlechtsverkehrs ausschließlich auf die Ehe wurde insbesondere von jungen Leuten, deren Vergleichswerte uns zugänglich waren, nicht als Norm angesehen. Sowohl für Jugendliche in der BRD als auch für Jugendliche in der DDR war voreheliches Koitusvorkommen normal und nicht sittenwidrig. Bemerkenswert ist, dass in der DDR erste sexuelle Kontakte eher stattfanden als in der BRD. Auch hinsichtlich der Geburtenrate zeigen sich Unterschiede. In der DDR war die Geburtenrate bis auf die 60er Jahre generell etwas höher als in der BRD.

Die Akzeptanz außerehelicher Kinder stieg in beiden deutschen Staaten an.

Während in der BRD 1966 die Zahl unehelicher Kinder bei 45,6 % lag, stieg sie 1975 auf 61,2 % an. Auch hinsichtlich der Gleichstellung ehelicher und nichtehelicher Kinder gab es für letztere eine zunehmend positive Entwicklung in der BRD. In der DDR gab es anteilmäßig mehr uneheliche Kinder. Die Verfasserin bezieht sich auf einen Vergleich von 1970. Während in der BRD 44.280 uneheliche Kinder zur Welt kamen, waren es in der DDR 31.878. Setzt man diese Absolutzahlen in Bezug zur Bevölkerungsdichte, die in der BRD 3,6-mal höher war, ergibt sich, dass es mehr als doppelt so viele uneheliche Kinder in der DDR gab. Besonders gravierende Unterschiede zeigten sich bezüglich der Ehescheidung. Obwohl die Akzeptanz von Ehescheidungen auch in der BRD anstieg, war die Scheidungsrate in der DDR entschieden höher. Betrachtet man die verfügbaren Vergleichszahlen, lag die Ehescheidungsquote in der DDR etwa doppelt so hoch wie in der BRD.

Gemeinsamkeiten gab es in beiden Staaten hinsichtlich der Empfängnisverhütung. Die Legalisierung der Pille, bis hin zur kostenlosen Abgabe wurde von staatlicher Seite unterstützt. Die Akzeptanz der Antibabypille war in beiden Staaten hoch (aber in der DDR höher), führte zu einer größeren Selbstbestimmung und war ein wesentlicher Faktor für die Befreiung der Sexualität, vor allem für die Frauen. Deutliche Unterschiede zeigen sich bei der allgemeinen Akzeptanz und der staatlichen Toleranz von Abtreibungen. Die Abtreibung oder wie es in der DDR hieß, die Schwangerschaftsunterbrechung, wurde in der DDR wesentlich unproblematischer als in der BRD gesehen. Die Zahl der legalen Abtreibungen war wesentlich höher.

Zur Akzeptanz von anderen Lebensformen wie Homosexualität liegen uns leider keine Vergleichsdaten zur DDR und nur wenige Daten für die BRD vor. Nachdem 1969 die Homosexualität für Erwachsene legalisiert wurde, verringerte sich die Stigmatisierung. Dennoch waren auch nach 1969 etwa 50 % der BRD-BürgerInnen der Meinung, dass es sich bei Homosexualität um eine Krankheit handle. In der DDR wurde die Homosexualität bereits 1968 straffrei gestellt. Es scheint weniger Homosexuelle gegeben zu haben; allerdings sind diese Beobachtungen nicht verlässlich, weil diese Problematik eher ausgeblendet, nicht diskutiert und somit marginalisiert wurde.

Die Prostitution wurde von den Bundesdeutschen überwiegend als notwendiges Übel oder als nützliche Einrichtung gewertet, wobei die Akzeptanz bei Frauen geringer war. Für die DDR lagen der Verfasserin keine statistischen Ergebnisse vor. Allerdings existierte dort ein Gesetz zum Verbot der Prostitution und eine öffentliche Anprangerung dieses Verhaltens. Andererseits existierten sicher Prostituierte, die in einzelnen Fällen auch von staatlicher Seite für politische Zwecke akzeptiert wurden.

Zum Umfang von pornografischen Schriften und ihrer Wirksamkeit in der BRD liegen der Verfasserin keine Daten vor. Das Vorhandensein von Zeitschriften wie „Bravo“ und die in jeder Stadt vorhandenen Geschäfte mit Pornoartikeln zeugen von einer öffentlichen Tolerierung. In der DDR war Pornografie gesetzlich verboten. Zeitschriften wie das „Magazin“ waren allerdings sehr begehrt.

Abschließend ist festzustellen, dass wesentlich mehr Forschungsergebnisse zur Situation der damaligen Bundesrepublik vorliegen als vergleichbare zur DDR. Dies

war letztlich Anlass für eine empirische Untersuchung, die im Folgenden vorgestellt werden soll. Die Verfasserin wollte wissen, wie ZeitzeugInnen in der DDR diese Zeit erlebten, ob sie auch Einschnitte und Liberalisierungen bemerkten bzw. welche Erinnerungen bei ihnen manifest geworden sind.

### **3. Umfrage in Dresden: Sexualität in der DDR**

#### **3.1 Vorbemerkung und methodische Vorüberlegungen**

Die Verfasserin versuchte 2017 Einstellungen und Haltungen zur Sexualität der DDR-BürgerInnen aus einem zeitlichen Anstand heraus zu beleuchten. Es ging darum, damalige Ansichten und Meinungen zu Familie, Ehe und Sexualität aus der Erinnerung wiederzugeben.<sup>14</sup> Sicherlich ist die Befragung im Nachhinein nicht mit einer aktuellen Befragung gleichzusetzen, weil bekanntermaßen kognitive Wahrnehmungsverzerrungen angenommen werden müssen. Es bleibt uns allerdings nur diese Möglichkeit, weil in der DDR die „sexuelle Befreiung“ nicht auf der Agenda wissenschaftlicher Forschungen stand und demzufolge auch kaum demoskopische Untersuchungen gemacht wurden.

Die Untersuchung wurde in anonymisierter Form in Dresden, der Landeshauptstadt Sachsens, und ihrem Umland durchgeführt. Es wurden nur ZeitzeugInnen berücksichtigt, die mindestens 55 Jahre alt waren, die also in den 60er bzw. 70er Jahren ihre Jugend erlebten. Da die Teilnahme an der Befragung auf Freiwilligkeit beruhte, durfte die Befragung einen bestimmten Zeitrahmen nicht überschreiten. Im Rahmen des Projekts wurden 150 Fragebögen erstellt und überwiegend über TU-Angehörige in einem Schneeballverfahren verteilt. 120 Fragebögen wurden ausgefüllt, von denen 118 überwiegend auswertbar waren. Die Auswahl der Fragen sollte einen Vergleich zur damaligen BRD gestatten und zugleich die DDR-Spezifika widerspiegeln. Die Endfassung des Fragebogens enthält insgesamt 63 Frageitems.

Bei der Auswahl der Frageindikatoren wurde auf ein Fragedesign zurückgegriffen, das bei demoskopischen Untersuchungen in der BRD verwendet wurde. Bei den Fragen zur Rolle der Familie, zum vorehelichen Geschlechtsverkehr, zu Monogamie, Homosexualität und Sexualaufklärung war eine teilweise Übernahme möglich, allerdings wurden im Vergleich zu Allensbach-Befragungen weniger Fragen ausgewählt. Zudem sollten einige weitere Fragen Meinungen zu spezifischen

---

<sup>14</sup> Dieser Fragebogen ergibt sich aus dem Forschungsauftrag mit dem Thema „Verhältnis zwischen Sexualität und Politik in der ehemaligen DDR“ (2016-2019), das vom japanischen Ministerium für Bildung und Wissenschaft „Japan Society for the Promotion of Science, JSPS“ angenommen wurde (Nr. 16K02051). Dieses Projekt wird unter der Leitung von Dr. Yoshie MITOBE (ehemalige Gastprof. an der TU Dresden, Prof. an der Meiji Univ. in Tokio) und den Mitarbeiterinnen Frau Dr. Evelyn KOCH (vormalige wiss. MA. an der TU Dresden), Frau Dr. Regina BERGMANN (wiss. MA an der TU Dresden) und Frau Dr. Yasuko NUNOKAWA (vormalige Lehrbeauftragte an der TU Dresden) durchgeführt.

Gegebenheiten in der damaligen DDR evozieren. Es wurde in der Regel so vorgegangen, dass zunächst nach der damaligen Gesellschaftsauffassung bzw. so verstandener Moral und dann nach dem subjektiven Verhalten der ProbandInnen gefragt wurde. Die Fragen wurden in fünf Kategorien unterteilt: 1. Sozialdaten, 2. Intimsphäre, 3. Sexualität und Gesellschaft, 4. Verhütung und Abtreibung, 5. Sexualaufklärung.

### 3.2 Umfrage (Fragestellungen und Ergebnisse)

#### 3.2.1 Sozialdaten

Wie der folgenden Tabelle zu entnehmen ist, wurden Fragen zum Geschlecht, zur Altersgruppe, zum derzeitigen Familienstand, zum höchsten Bildungsabschluss, zur momentanen bzw. früheren Berufstätigkeit und zum Wohnort gestellt. Von den 117 voll ausgefüllten Fragebögen wurden 45 von Männern und 72 von Frauen ausgefüllt. Alle von uns vorgesehenen Altersgruppen beteiligten sich an der Befragung. Mit 26,3 % waren die 60- bis 64-Jährigen am stärksten vertreten. Die Altersverteilung ist also relativ ausgeglichen. Als derzeitigen

<b>1. Sozialdaten aktuell</b>	<b>4) Höchster Bildungsabschluss (118)</b>
<b>1) Geschlecht (117 Antworten)</b>	a. 8. Klasse (4)
a. Mann (45)	b. 10. Klasse (16)
b. Frau (72)	c. Abitur (3)
c. Drittes Geschlecht (0)	d. Berufsschul-Fachschulabschluss (30)
<b>2) Welcher Altersgruppe gehören Sie an? (118)</b>	e. Fachhochschul-Hochschul-Diplomabschluss (65)
a. 55-59 Jahre (17)	<b>5) Berufstätigkeit: Sind Sie berufstätig? Wenn im Ruhestand, waren Sie berufstätig? (118)</b>
b. 60-64 Jahre (31)	a. Ja (111)
c. 65-69 Jahre (25)	b. Nein (7)
d. 70-74 Jahre (16)	<b>Wenn „ja“ in welchem Berufsstand? (113)</b>
e. 75-79 Jahre (18)	a. Freiberufler/in (8)
f. 80 Jahre oder älter (11)	b. Selbständige/r (10)
<b>3) Derzeitiger Familienstand (118)</b>	c. Beamter/in und Angestellte/r (75)
a. Ledig (1)	d. Arbeiter/in (16)
b. Verheiratet (80)	e. Landwirt/in (4)
c. Eingetragene Partnerschaft (0)	<b>6) Jetziger Wohnort (117)</b>
d. Freie Partnerschaft (1)	a. Dresden (58)
e. Verwitwet (14)	b. Sachsen außer Dresden (39)
f. Geschieden (17)	c. Gebiet der ehemaligen DDR außer Sachsen (20)
g. Wiederverheiratet (5)	
(inkl. Wiederverheiratete nach der Scheidung)	

Familienstand gab die Mehrzahl der Befragten mit 67,8 % „verheiratet“ an. 55,1 % der Befragten verfügten über einen Fachhochschul-, Hochschul- bzw. Diplomabschluss. Interessant ist, dass 94,1 % der Befragten entweder berufstätig waren oder noch berufstätig sind. Die Mehrzahl der Befragten (66,4 %) arbeiteten oder haben im Angestelltenverhältnis gearbeitet. Es gibt demnach eine Dominanz des Mittelstandes. 82,9 % der Befragten wohnen gegenwärtig in Dresden bzw. im Freistaat Sachsen. Die Ergebnisse sind also überwiegend sachsenspezifisch. Weiterhin ging es uns um den damaligen Wohnort, um die Frage nach der städtischen bzw. ländlichen Sozialisation, um die soziale Schicht der Eltern, um die Konfession und um die politische Orientierung.

In den 60- bis 70er Jahren haben 67,6 % der Befragten in Dresden oder Sachsen gewohnt. Auch hier trifft die Sachsenspezifität zu. 71,8 % der Befragten haben in der Stadt oder in der Großstadt gewohnt. Bei der Rubrik „Soziale Schicht der Eltern“ gaben 34,6 % der Befragten eine Herkunft aus der Arbeiterschicht an, bei 28,0 % waren die Eltern Angestellte, 19,6 % stammen aus der Intelligenz. Dieses Ergebnis

verweist darauf, dass die Eltern überwiegend einer anderen sozialen Schicht zugehörig waren als ihre Kinder. Die Antworten zur Konfession ergaben, dass 50,0 % der Befragten sich zur evangelischen Konfession bekennen und 39,8 % nicht konfessionell gebunden sind. Zur politischen Orientierung wurde von 43,1 % eine SED-kritische und von 39,4 % eine SED-neutrale Orientierung angegeben. Die überwiegend kritische oder neutrale Position dürfte für die Befragung günstig sein, weil dadurch weniger politische Nostalgieeffekte zu erwarten sind.

<b>2. Sozialdaten in den 1960er und 70er Jahren</b>		d. Intelligenz	(21)
<b>1) Wohnort (114)</b>		e. Handwerker und Selbständige	(8)
a. Dresden	(36)	<b>4) Konfession (118)</b>	
b. Sachsen außer Dresden	(41)	a. Evangelisch	(59)
c. Gebiet der ehemaligen DDR außer Sachsen	(37)	b. Katholisch	(11)
<b>2) Stadt oder Land (117)</b>		c. Ohne Konfession	(47)
a. Dorf	(33)	d. Andere Religion	(1)
b. Stadt	(45)	<b>5) Politische Orientierung (109)</b>	
c. Großstadt (über 100.000 Einwohner)	(39)	a. SED-positiv	(18)
<b>3) Soziale Schicht: Welcher sozialen Schicht gehörten Ihre Eltern an? (107)</b>		b. SED-kritisch	(47)
a. Arbeiter	(37)	c. SED-neutral	(43)
b. Angestellte	(30)	d. Angehörige/r einer Blockpartei	(1)
c. Bauern	(11)		

### 3.2.2 Intimsphäre: Grundlegende Fragen zu Ehe, Familie und Sexualverhalten

Hier wurden Fragen nach der Freiheit der Partnerwahl, nach dem Lebensentwurf, nach der Akzeptanz von vorehelichem bzw. außerehelichem Geschlechtsverkehr, nach der Toleranz von Seitensprüngen, nach der Wertung von Homosexualität und Prostitution aufgenommen. Auch die Frage nach dem Alter des ersten sexuellen Erlebnisses wurde gestellt. Zunächst ging es um die Partnerwahl. Die meisten Befragten (87,3 %), davon 41 Männer und 62 Frauen, gaben an, dass sie in ihrer Partnerwahl völlig frei waren. Die Notwendigkeit von Intimbeziehungen zwischen Mann und Frau für das Lebensglück bejahten die meisten Befragten (88,9 %). 70,3 %

<b>3. Intimsphäre</b>		<b>5) Wie alt waren Sie, als Sie Ihr erstes sexuelles Erlebnis hatten? (118)</b>	
<b>1) Kann man sagen, dass Menschen in den 60er und 70er Jahren absolut frei waren in ihren Entscheidungen zur Partnerwahl? (118)</b>		a. Unter 13 Jahre	(3)
a. Ja, uneingeschränkt	(103)	b. 13 bis 15 Jahre	(8)
b. Ja, aber mit elterlicher Fürsprache	(13)	c. 16 bis 18 Jahre	(50)
c. Ja, aber unter „Einfluss staatlicher Behörden“	(1)	d. 19 bis 21 Jahre	(46)
d. Nein, die Entscheidung lag bei den Eltern	(1)	e. 22 Jahre und älter	(10)
e. Nein, die Entscheidung lag bei „staatlichen Behörden“ (0)		f. Weiß ich nicht mehr	(1)
<b>2) Hielten Sie intime Beziehungen (Geschlechtsverkehr) zwischen Mann und Frau für notwendig für Ihr eigenes Lebensglück, oder konnten Sie auch darauf verzichten? (117)</b>		<b>6) Frage an Eheerfahrene (Verheiratete, Verwitwete und Geschiedene): Hatten Sie vor Ihrer Ehe intime Beziehungen zu einer Frau/einem Mann? (116)</b>	
a. Notwendig	(104)	a. Ja	(103)
b. Kann darauf verzichten	(3)	b. Nein	(13)
c. Unentschieden	(10)	<b>7) Wenn „Ja“: Mit wem? (101)</b>	
<b>3) Welche Meinung existierte in der Gesellschaftsphase in den 1960er Jahren bezüglich des vorehelichen Geschlechtsverkehrs? (118)</b>		a. Mit der künftigen Ehefrau / dem künftigen Ehemann	(32)
a. Notwendig	(6)	b. Mit einem Partner außer der künftigen Ehefrau / dem künftigen Ehemann	(24)
b. Zulässig	(83)	c. Mit verschiedenen Partnern inkl. der künftigen Ehefrau / des künftigen Ehemannes	(42)
c. Verwerflich	(6)	d. Mit verschiedenen Partnern außer der künftigen Ehefrau / dem künftigen Ehemann	(3)
d. Weiß ich nicht	(23)	<b>8) Was hielten Sie in den 60er und 70er Jahren von Paaren, die unverheiratet zusammenlebten? (118)</b>	
<b>4) Was hielten Sie in den 60er und 70er Jahren von intimen Beziehungen zwischen unverheirateten Partnern? (117)</b>		a. Fand ich gut	(9)
a. Üblich	(44)	b. War dagegen	(5)
b. Zulässig	(66)	c. War mir egal, war ihre Angelegenheit	(99)
c. Verwerflich	(2)	d. Weiß ich nicht	(5)
d. Unentschieden	(5)		

der Befragten gaben an, dass vorehelicher Geschlechtsverkehr zulässig war.

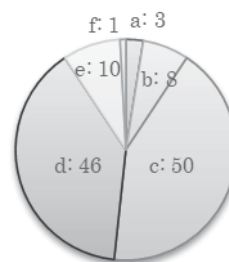
Intime Beziehungen zwischen unverheirateten PartnerInnen wurden nach Erinnerung der Befragten damals von 56,4 % der ProbandInnen als zulässig akzeptiert, 37,6 % hielten sie für üblich. Das Alter des ersten sexuellen Erlebnisses wurde von 42,4 % der Befragten zwischen 16 und 18 Jahren angesetzt. Bei 39,0 % lag das Alter bei 19 bis 22 Jahren. Es überwiegen demzufolge relativ frühe erste Erfahrungen (Vgl. Tabelle 8). Das Vorhandensein vorehelicher intimer Beziehungen in den 60er und 70er Jahren wurde von 88,8 % der Befragten bejaht. Die Mehrzahl der Befragten (41,6 %) hatten Beziehungen mit mehreren PartnerInnen, die künftige Ehefrau/den künftigen Ehemann eingeschlossen. 31,7 % hatten Beziehungen mit dem künftigen Ehepartner. Relativ häufig mündete die voreheliche Beziehung demzufolge in eine Ehe. Unverheiratetes Zusammenleben wurde von 83,9 % der Befragten toleriert.

Es folgen weitere Fragen zu nichtehelichen intimen Beziehungen, Seitensprüngen, Homosexualität und Prostitution. Intime Beziehungen neben der Ehe verurteilten die meisten Befragten (48,3 %), davon 16 Männer und 40 Frauen, während 45,7 % der Befragten (25 Männer und 27 Frauen) ihre Meinung von der Situation abhängig machten.

Die Befürwortung von Monogamie überwiegt demnach. Die Frage nach den geschlechtsspezifischen Unterschieden hinsichtlich des Zugeständnisses von Bigamie wird nur von einem Teil (2 Männer und 4 Frauen) der Befragten akzeptiert. Die Tolerierung von Seitensprüngen wurde von den 36,0 % der Befragten in 1960er Jahren

abgelehnt, während 64,0 % der Befragten meinen, dass es toleriert werden konnte. Bei der Frage nach der individuellen Akzeptanz von Seitensprüngen wird ebenfalls

**Tabelle 8: 1.-5) Frage  
Alter des ersten sexuellen  
Erlebnis**



- a. Unter 13 Jahre
- b. 13 bis 15 Jahre
- c. 16 bis 18 Jahre
- d. 19 bis 21 Jahre
- e. 22 Jahre und älter
- f. Weiß ich nicht mehr

<p>9) Welche Meinung hatten Sie in den 60er und 70er Jahren, wenn verheiratete Menschen neben ihrer Ehe intime Beziehungen unterhielten? (116)</p> <p>a. Ich billigte es (7)</p> <p>b. Ich verurteilte es (56)</p> <p>c. Kam darauf an (53)</p>	<p>14) Als was beurteilten Sie in den 60er und 70er Jahren Homosexualität? (117)</p> <p>a. Natürliche Sache (31)</p> <p>b. Angewohnheit (5)</p> <p>c. Laster (7)</p> <p>d. Krankheit (20)</p> <p>e. Kein Urteil (54)</p>
<p>10) Wenn Sie es „billigten“: Wem gestanden Sie solche intime Beziehungen neben der Ehe zu? (7)</p> <p>a. Nur Männern (1)</p> <p>b. Beiden Geschlechtern (6)</p> <p>c. Weiß ich nicht (0)</p>	<p>15) Sind Sie in den 60er und 70er Jahren selbst einmal mit Homosexualität konfrontiert worden? (118)</p> <p>a. Ja (28)</p> <p>b. Nein (90)</p>
<p>11) Waren in den 60er und 70er Jahren gelegentliche Seitensprünge allgemein toleriert? (114) (nur für Befragte ab 60 Jahre)</p> <p>a. Ja (41)</p> <p>b. Nein (73)</p>	<p>16) Als was beurteilten Sie in den 60er und 70er Jahren die Prostitution? (116)</p> <p>a. Gefahr (14)</p> <p>b. Notwendiges Übel (41)</p> <p>c. Nützliche Einrichtung (8)</p> <p>d. Kein Urteil (53)</p>
<p>12) Haben Sie selbst gelegentliche Seitensprünge toleriert? (114)</p> <p>a. Ja (28)</p> <p>b. Nein (86)</p>	<p>17) Frage an Männer: Haben Sie in den 60er und 70er Jahren selbst einmal Erfahrungen mit Prostituierten gemacht? (45)</p> <p>a. Ja (1)</p> <p>b. Nein (44)</p>
<p>13) Wurde in den 60er und 70er Jahren Homosexualität aus gesellschaftlicher Sicht akzeptiert? (114)</p> <p>a. Ja (28)</p> <p>b. Nein (86)</p>	

die Ablehnung dieses Verhaltens erkennbar. 75,4 % der Befragten geben an, dass sie Seitensprünge nicht toleriert haben, nur 24,6 % bejahten dies. 14 Männer und 13 Frauen der Befragten antworteten positiv und 29 (67,4 %) Männer und 57 (81,4%) Frauen negativ.

Hinsichtlich der Homosexualität gab es in den 60er und 70er Jahren bei den Befragten keine hohe Akzeptanz, insgesamt lehnten 75,0 % der Befragten Homosexualität als Form der Sexualität ab. Die Befragten sind der Meinung, dass Homosexualität damals vor allem nicht erklärt werden konnte (46,2 %), nur 26,5 % sahen darin eine natürliche Sache und 17,1 % eine Krankheit. Die meisten Befragten (76,3 %) sind allerdings nicht mit Homosexualität in Berührung gekommen. Es gab diesbezüglich keine Unterschiede in der Geschlechtsspezifität der Beurteilungen.

Bei der Frage zur Prostitution nahmen 45,7 % der Befragten keine Bewertung vor, 35,3 % sehen sie als notwendiges Übel an, 12,1 % als Gefahr. Insgesamt gesehen wird eine überwiegend pejorative Bewertung bzw. Gleichgültigkeit ersichtlich. 44 von 45 männlichen Befragten negieren einen Kontakt mit Prostituierten. Diese Antworten verweisen auf eine sehr negative Bewertung von Prostitution.

DDR-spezifische Fragen zu Scham bzw. Nacktheit, zur Wahrnehmung der Entwicklungen in der damaligen BRD und zur Wertung von Sex-Shops wurden mit den Fragen 18 bis 25 gestellt. Es ging zunächst um die Zeitschrift „Magazin“, die begehrt und dafür bekannt war, dass dort in jedem Heft eine Aktfotografie enthalten war.

Abonnenten der Zeitschrift „Magazin“ bzw. ständige Leser waren 29,6 % der Befragten, also ein relativ hoher Prozentsatz, zumal die Auflagenhöhe begrenzt war. FKK<sup>15</sup> war für 59,3 % der Befragten eine positive Angelegenheit. Eher ambivalent empfanden sie 30,5 %. Die Nacktheit zwischen Kindern und Eltern wurde überwiegend als normal angesehen.

<p>18) Waren Sie in den 60er und 70er Jahren Abonnent der Zeitschrift „Magazin“ oder haben Sie es regelmäßig gelesen? (115)</p> <p>a. Ja (34)</p> <p>b. Nein (81)</p>	<p>21) Um 1967 gab es in der BRD eine „sexuelle Revolution“, vor allem im Bereich der Studentenbewegung (z.B. Kommune 1). Haben Sie diese Bewegung bewusst wahrgenommen? (117)</p> <p>a. Ja (18)</p> <p>b. Nein (99)</p>
<p>19) Wie standen Sie zur Freikörperkultur (FKK)? (118)</p> <p>a. Sehr positiv (70)</p> <p>b. Ablehnend (12)</p> <p>c. Verwerflich (36)</p> <p>d. Unentschieden (0)</p>	<p>22) <u>Wenn „Ja“</u>: Wie standen Sie zu dieser Entwicklung? War sie für Sie (17)</p> <p>a. Positiv (1)</p> <p>b. Spannend (9)</p> <p>c. Bedenklich (6)</p> <p>d. Verwerflich (1)</p>
<p>20) War es in den 60er und 70er Jahren üblich, dass Kinder und Eltern ihre nackten Körper voreinander versteckten? (118)</p> <p>a. Ja (39)</p> <p>b. Möglich (43)</p> <p>c. Nein (36)</p>	<p>23) Was hielten Sie gleich nach der Wiedervereinigung von Sex-Shops, d.h. Geschäfte wie Beate Uhse, wo man Sex-Artikel kaufen konnte? (116)</p> <p>a. Notwendig (6)</p> <p>b. Erfreulich (31)</p> <p>c. Unnötig (78)</p> <p>d. Verwerflich (1)</p>

Von der sexuellen Revolution in der BRD haben 84,6 % der Befragten damals nichts mitbekommen. Von 18 (15,4 %) der Befragten, die diese Bewegung mitbekommen hatten, fanden sie 4 Männer und 5 Frauen der Befragten spannend und

15 Seit Mitte der 60er Jahre fanden immer mehr Ostdeutsche nichts dabei, unbedeckt zu baden, und in den 70er Jahren war Nacktheit beim Baden in Seen und an der Ostsee die Normalität. (Vgl. Herzog, 2005, 246)

6 ProbandInnen bedenklich. Zudem empfanden 26,7 % der Befragten Beate Uhse-Geschäfte nach der Wende als erfreulich und 5,2 % hielten sie für notwendig, während 67,2 % der Befragten sie als unnötig ansahen.

Die sich anschließende Frage 24 unterscheidet sich von den bisher gestellten Fragen, weil die befragten Personen zunächst entscheiden sollten, ob sie meinen, dass es gegenwärtig eine Veränderung der Sexualmoral im Vergleich zu den 60er und 70er Jahren in der DDR gibt und danach,

<p>24) Wenn Sie die Sexualmoral von heute mit der der 60er und 70er Jahre in der DDR vergleichen, können Sie Veränderungen feststellen? (118)</p> <p>a. Ja (97)</p> <p>b. Nein (21)</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Überflutung der Kinder mit sexuellen Informationen</li> <li>- Stärkere Gefährdung der Kinder durch Medien</li> <li>- Neuerdings wieder getrennt-geschlechtliche Freizeitgestaltung für Kinder</li> <li>- Verantwortungsverlust in der Partnerbeziehung wird gefördert</li> </ul>
<p>25) Wenn „Ja“: Warum ? Bitte formulieren Sie Ihre Meinung frei:</p> <p>(1) <b>Negative Entwicklung (Zusammenfassung)</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Mehr Bigotterie, bigotte Öffentlichkeit (FKK in der DDR, Werbung in der BRD)</li> <li>- Mehr Kommerzialisierung von Sexualität, geringere Schamgrenze</li> <li>- Früde Doppelmoral: Einerseits keine sexuelle Freizügigkeit, andererseits Konsum von Pornografie</li> <li>- Mehr Voyeurismus und Medialisierung von Sexualität</li> <li>- Verbindung von Liebe und Sex verlorengegangen</li> <li>- Heutige Ehen werden wie Verträge geschlossen</li> <li>- Viele Paare heiraten nicht</li> <li>- Natürlichkeit und Selbstverständlichkeit von Sexualität wird überformt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Stabilität von Partnerbeziehungen wird vernachlässigt</li> <li>- Verlust von Werten und Moral</li> <li>- Weniger Regeln und Vorschriften</li> <li>- Zunahme von Geschlechtskrankheiten</li> <li>- Prostitution sollte weiter verboten bleiben</li> <li>- Mehr Sexismus</li> </ul> <p>(2) <b>Positive Entwicklung (Zusammenfassung)</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Mehr Offenheit und Toleranz</li> <li>- Weniger Reglementierung und dadurch größere Freiheit</li> <li>- Stärkere Kommunikation und Diskussion der Generationen</li> <li>- Mehr Selbstbestimmung und Ehrlichkeit</li> <li>- Keine Scheinmoral mehr</li> <li>- Akzeptanz verschiedener sexueller Orientierungen</li> </ul>

wenn sie das bejahen, frei äußern sollten, in welcher Hinsicht sie Veränderungen feststellen. Alle Antworten der befragten Personen werden wiedergegeben, wobei die Verfasserin sie nach positiven und negativen Entwicklungen geordnet hat.

82,2 % der Befragten meinten, dass es Veränderungen gibt. Im Wesentlichen werden mehr negative als positive Veränderungen im Vergleich zu den 60er und 70er Jahren gesehen. Die Befragten kritisierten die heutige Situation der Sexualität insofern, als sie Kommerzialisierung und Medialisierung, geringeres Schamgefühl und Verantwortungsbewusstsein in der Gegenwart bemängelten. Andererseits bewerteten sie die Offenheit und Toleranz, die geringere Reglementierung und Ehrlichkeit und die Akzeptanz verschiedener sexueller Orientierungen als positiv.

### 3.2.3 Sexualität und Gesellschaft: zu DDR-spezifischen Fragen 1) - 5)

In den Fragen 1) bis 5) wurden Fragen zu Pornografie, Prostitution und staatlichen Reglementierungen in der DDR gestellt. 44,4 % der Befragten sprachen sich gegen pornografische Schriften aus und andererseits hätten sich 16,2 % auch in der DDR pornografische Schriften gewünscht. Bei der Bewertung von Erotik-Versandgeschäften wie den Kästner-Versand<sup>16</sup> waren 37,1 % der Befragten der Meinung, dass diese wichtig waren. Bei dieser Frage antworteten leider 37,9 % der ProbandInnen nicht.

Zur staatlich tolerierten Prostitutionsvermittlung hatten die Befragten eine negative Einstellung. 59,3 % der Befragten wussten allerdings, dass es während der

16 Der Kästner-Versand inserierte regelmäßig in Zeitungen und Zeitschriften der DDR.



Leipziger Messe staatlich tolerierte „Edelprostituierte“<sup>17</sup> gab. Die Toleranz bzw. Förderung der Prostitution im Ausnahmefall lehnten 45,2 % ab, 11,8 % fanden sie sogar verwerflich. Von nur 2,2 % der Befragten wurde diese Förderung befürwortet bzw. als positiv angesehen. Dass Personen mit häufig wechselndem Geschlechtsverkehr einen Stempel im Ausweis erhielten, wussten nur 7,6 % der Befragten. Das spricht dafür, dass dieses Vorgehen nicht popularisiert wurde und dass man eher Insiderwissen, z. B. als Arzt, haben musste.

1) Waren Sie damals der Meinung, dass es auch in der DDR pornografische Schriften geben sollte? (117)	5) Wussten Sie, dass Personen mit häufig wechselnden Geschlechtspartnern einen Stempel im Ausweis erhielten? (118)
a. Ja (19)	a. Ja (9)
b. Nein (52)	b. Nein (109)
c. Weiß ich nicht (46)	
2) Glauben Sie, dass Erotik-Versandgeschäfte, wie z.B. das der Firma Kästner, in den 60er und 70er Jahren für die „Sexualbefreiung“ wichtig waren? (116)	6) Wie groß war in den 60er und 70er Jahren die Angst, eine Geschlechtskrankheit zu bekommen? (117)
a. Ja (43)	a. Extrem groß (2)
b. Nein (29)	b. Groß (7)
c. Weiß ich nicht (44)	c. Die Angst war durchaus vorhanden (35)
3) Wussten Sie, dass während der Leipziger Messe sogenannte „Edelprostituierte“ von staatlicher Seite gefördert wurden? (118)	d. Ich habe mir keine Gedanken gemacht (36)
a. Ja (70)	e. Keine Angst (28)
b. Nein (48)	f. Keine Angabe (9)
4) Wie standen Sie zu dieser „Förderung“? (93)	7) Wussten Sie in den 60er und 70er Jahren, dass Frauen mit Verdacht auf Geschlechtskrankheiten in eine geschlossene Einrichtung eingewiesen werden konnten? (118)
a. Sehr positiv (2)	a. Ja (5)
b. Ablehnend (42)	b. Nein (113)
c. Verwerflich (11)	
d. Unentschieden (38)	

Sehr unterschiedlich wurde die Angst vor Geschlechtskrankheiten gesehen. Für groß bzw. sehr groß schätzten 7,7 % der Befragten die Angst ein, während 29,9 % die Meinung äußerten, dass die Angst zwar nicht groß, aber dennoch vorhanden war. Insgesamt gesehen kann man also sagen, dass die Angst relativ gering ausgeprägt war. Von der Möglichkeit einer Einweisung von Frauen mit Verdacht auf Geschlechtskrankheiten haben nur 4,2 % der Befragten etwas erfahren. Auch diese Einschätzung deutet darauf hin, dass diese Vorgehensweise von staatlicher Seite nicht popularisiert wurde und offenbar kein Bestandteil des Alltagsdiskurses war.

### 3.2.4 Verhütung und Abtreibung

Es ging hier um Fragen nach der Akzeptanz und Methode der Empfängnisverhütung, nach der Bedeutung, Wertung und Wirkung der Pille, nach der Meinung zu Abtreibung bzw. nach Gründen der Tolerierung. Argumente für das subjektive Verhalten der Befragten wurden sehr detailliert hinterfragt. 94,0 % der Befragten waren in den 60er und 70er Jahren für eine Empfängnisverhütung. Als Gründe für eine Empfängnisverhütung werden zu 44,0 %, die dadurch freie Lebensplanung angeführt. Soziale und wirtschaftliche Gründe gaben 22,8 % der ProbandInnen an. Die Emanzipation der Frau wird von 19,7 % der Befragten als Grund angegeben. Religiöse Gründe werden von 1,6 % der Befragten angeführt. Bei der Frage nach der Art der eigenen Empfängnisverhütung ergab sich folgendes Bild: Die meisten Befrag-

<sup>17</sup> Etliche dieser Prostituierten wurden als Stasi-Spione eingesetzt.

ten (35 %) nutzten die Pille, Präservative wurden von 24,4 % verwendet. An dritter Stelle steht der Coitus interruptus mit 13,1 %.

Die Pille wurde von 48 (47,5 %) der Befragten als probates Mittel der Familienplanung und als angenehme Form der persönlichen Entscheidungsfreiheit 37 (36,6 %) gesehen. Von 14 (13,9 %) der Befragten wurde sie auch als Mittel der sexuellen Befreiung gewertet. Auf die Frage, warum sich die Pille in der DDR so schnell durchsetzen konnte, gaben 48 % der Befragten an, dass die DDR in sexueller Hinsicht freier gewesen sei. Auf die kostenlose Abgabe verwiesen 22 (22,4 %) und die unkomplizierte Möglichkeit, ein Rezept zu bekommen, führten 28 (28,6 %) als Grund an. Die Freigabe, Kostenfreiheit und Popularisierung der Pille scheinen wesentliche Faktoren zu sein.

Auch die Antworten auf die Frage nach der individuellen Nutzung der Pille weisen auf die große Bedeutung der Pille hin. 62,6 % der Befragten haben sich in ihrer Beziehung die Pille verschreiben lassen und 28,7 % nicht. 52,5 % der Befragten haben sich früh, in einem Alter von 16 bis 22 Jahren, die Pille verschreiben lassen. Im Alter von 23 bis 29 Jahren ließen sich 37,7 % die Pille verschreiben. 79,4 % der Befragten hatten keine Angst vor der Nebenwirkung der Pille und nur bei 14 (20,6 %) ProbandInnen waren solche Ängste vorhanden. 74,1 % der Befragten gaben an, dass die Frauen durch die Pille selbständiger und selbstsicherer geworden sind. Es ist also

<p>1) <b>Waren Sie in den 60er und 70er Jahren für oder gegen eine Empfängnisverhütung?</b> (117)</p> <p>a. Dafür (110)</p> <p>b. Dagegen (7)</p> <p>c. Unentschieden (0)</p>	<p>6) <b>Warum konnte sich die Pille in der DDR schnell durchsetzen?</b> (98)</p> <p>a. Die DDR war in sexueller Hinsicht freier. (47)</p> <p>b. Die Pille war kostenlos. (22)</p> <p>c. Die Pille war in der DDR qualitativ besser als in der Bundesrepublik. (1)</p> <p>d. Es war relativ unkompliziert, ein Rezept zu bekommen. (28)</p>
<p>2) <b>Wenn Sie „für“ eine Empfängnisverhütung waren: Was war der Grund?</b> (Mehrfachbeantwortung möglich) (193)</p> <p>a. Gesundheit (18)</p> <p>b. Religion (3)</p> <p>c. Wirtschaftliche Gründe (20)</p> <p>d. Soziale Gründe (24)</p> <p>e. Emanzipation der Frau (38)</p> <p>f. Freie Lebensplanung (85)</p> <p>g. Sonstige Gründe (5)</p>	<p>7) <b>Haben Sie oder Ihre Frau sich die Anti-Baby-Pille verschreiben lassen, nachdem es sie 1965 kostenfrei gab?</b> (115)</p> <p>a. Ja (72)</p> <p>b. Nein (33)</p> <p>c. Weiß ich nicht (10)</p>
<p>3) <b>Betrieben Sie selbst Empfängnisverhütung?</b> (Mehrfachbeantwortung möglich) (160)</p> <p>a. Anti-Baby-Pille (56)</p> <p>b. Präservative (39)</p> <p>c. Methode von Knaus-Ogino (14)</p> <p>d. Sexuelle Enthaltsamkeit (7)</p> <p>e. Coitus interruptus (21)</p> <p>f. Gebärmutteressare (2)</p> <p>g. Chemische Verhütungsmittel (1)</p> <p>h. Sterilisation (4)</p> <p>i. Sonstiges Gründe (2)</p> <p>j. Nicht zutreffend (14)</p>	<p>8) <b>Wenn „Ja“: Wie alt waren Sie, als Sie sich die Pille erstmals verschreiben ließen?</b> (61)</p> <p>a. 16-22 Jahre (32)</p> <p>b. 23-29 Jahre (23)</p> <p>c. 30-50 Jahre (6)</p>
<p>4) <b>Wenn Sie „gegen“ Empfängnisverhütung waren: Was war der Grund?</b> (Mehrfachbeantwortung möglich) (20)</p> <p>a. Gesundheit (3)</p> <p>b. Religion (7)</p> <p>c. Wirtschaftliche Gründe (1)</p> <p>d. Soziale Gründe (7)</p> <p>e. Sonstige Gründe (2)</p>	<p>9) <b>Wenn „Ja“: Hatten Sie in den 60er und 70er Jahren Angst vor der Nebenwirkung der Pille?</b> (68)</p> <p>a. Ja (14)</p> <p>b. Nein (54)</p>
<p>5) <b>Als was sahen Sie die Pille in den 60er und 70er Jahren?</b> (101)</p> <p>a. Als probates Mittel der Familienplanung („Wunschkindpille“) (48)</p> <p>b. Als Mittel der sexuellen Befreiung (14)</p> <p>c. Die Pille bot eine angenehme Form der persönlichen Entscheidungsfreiheit (37)</p> <p>d. Als wichtiger Teil der Urlaubsplanung (0)</p> <p>e. Es war einfach modern, die Pille zu nehmen (2)</p>	<p>10) <b>Wenn „Ja“: Welche Nebenwirkungen befürchteten Sie?</b> (Mehrfachbeantwortung möglich) (20)</p> <p>a. Krebsgefahr (3)</p> <p>b. Eingriff in den Organismus (7)</p> <p>c. Schädigung künftiger Generationen (1)</p> <p>d. Gewichtszunahme (7)</p> <p>e. Sonstiges (2)</p>
	<p>11) <b>Glauben Sie, dass die Frauen durch die Anti-Baby-Pille selbständiger und selbstsicherer geworden sind?</b> (116)</p> <p>a. Glaube ich (86)</p> <p>b. Glaube ich nicht (10)</p> <p>c. Unentschieden (20)</p>
	<p>12) <b>Glaubten Sie in den 60er und 70er Jahren, dass sich durch die Anti-Baby-Pille die Moral der jungen Mädchen und Frauen verschlechtern würde, dass sie leichtsinniger würden?</b> (116)</p> <p>a. Glaube ich (20)</p> <p>b. Glaube ich nicht (69)</p> <p>c. Unentschieden (27)</p>

ein deutlich positiver Trend festzustellen. Dass die Pille die Moral verschlechtere, glaubt die Mehrheit der Befragten 69 (59,5 %) nicht.

Die nächsten Fragen betreffen die Problematik der Abtreibung. Von einer uneingeschränkten Freiheit der Frau hinsichtlich ihrer Entscheidung zur Abtreibung gehen 37 (34,3 %) der Befragten aus und bei 68 (63,0 %) ist die Entscheidung im Wesentlichen als frei anzusehen (unter bestimmten Bedingungen). Ob eine Abtreibung angemessen ist, wird von 57,8 % der Befragten als situationsabhängig betrachtet. Für eine Abtreibung sprechen sich 21,6 % aus und gegen eine Abtreibung 20,7 %. Im Wesentlichen wird die Abtreibung in bestimmten Situationen als legitim angesehen.

Als akzeptable Gründe für eine Abtreibung werden die Entscheidung der Frau (29,3 %), Vergewaltigungen (12,2 %), schwere Erkrankung des Kindes (9,8 %), soziale Notsituation (9,8 %) und die Gefahr für die Mutter (6,1 %) angegeben. Wichtig erscheint auch die

<p>13) <b>Kann man sagen, dass Frauen in den 60er und 70er Jahren absolut frei waren in ihren Entscheidungen für oder gegen eine Abtreibung?</b> (108)</p> <p>a. Ja, uneingeschränkt (37)</p> <p>b. Ja, unter bestimmten Bedingungen (68)</p> <p>c. Nein, der Partner musste sein Einverständnis geben (3)</p> <p>d. Nein, es gab starke staatliche Kontrolle (0)</p> <p>14) <b>Waren Sie in den 60er und 70er Jahren für die Abtreibung?</b> (116)</p> <p>a. Ja (25)</p> <p>b. Nein (24)</p> <p>c. Kommt drauf an (67)</p> <p>15) <b>Wenn „Ja“: Was war der Grund?</b> (Mehrfachantworten möglich) (82)</p> <p>a. Es liegt im Entscheidungsbereich und der Verantwortung jeder einzelnen Frau (24)</p>	<p>b. Das Kind wird als Ärgernis, Unglück oder Belastung empfunden (1)</p> <p>c. Das Verbot ist nicht mehr zeitgemäß (9)</p> <p>d. Illegale Unterbrechungen werden ausgeschaltet (17)</p> <p>e. Gefahr für die Mutter (5)</p> <p>f. Schwere Erkrankung / Schädigung des Kind (8)</p> <p>g. Vergewaltigung (10)</p> <p>h. Soziale Notsituation (8)</p> <p>16) <b>Wenn „Nein“: Was war der Grund?</b> (Mehrfachantworten möglich) (37)</p> <p>a. Eine Unterbrechung ist Mord (3)</p> <p>b. Man weiß nicht genau, zu welchem Zeitpunkt menschliches Leben entsteht (5)</p> <p>c. Die Gesundheit der Frau wird durch den Eingriff gefährdet (7)</p> <p>d. Man sollte sie nur in äußersten Fällen, z.B. bei Krankheit, durchführen (13)</p> <p>e. Sonstiges, vor allem religiöse und moralische Gründe (9)</p>
---	---

Begründung zu sein, dass illegale Unterbrechungen ausgeschaltet werden können (20,7 %). 9 Befragte (11,0 %) geben an, dass ein Verbot der Abtreibung nicht zeitgemäß sei. Als gesundheitliche Gefahr für die Frau betrachteten 18,9 % der Befragten eine Abtreibung. 35,1 % ProbandInnen meinen, dass eine Abtreibung nur im Ausnahmefall durchgeführt werden sollte. Von 24,3 % werden religiöse Gründe gegen die Abtreibung angeführt.

### 3.2.5 Sexualaufklärung

Die folgenden Fragen befassten sich mit dem Thema „Aufklärung.“ 82,8 % der Befragten halten eine Sexualaufklärung für notwendig, von 13 (11,2 %) wird angegeben, dass das individuell verschieden sei. 55 (53,4 %) befürworten eine möglichst frühe Aufklärung im Alter unter 13 Jahren und 46 (44,7 %) wollen sie mit Beginn der Pubertät. Diese Altersangabe mag verwundern, ist aber wahrscheinlich aus den zu diesem Zeitpunkt üblichen Initiationsriten bzw. mit dem möglichen Schulabschluss der 8. Klasse und dem sich daran anschließenden Eintritt ins Arbeitsleben zu erklären.

Die Frage, wer aufklären soll, wird unterschiedlich gesehen. Die Mutter wird von

103 (28,5 %) und der Vater von 93 (25,7 %) der Befragten bevorzugt. Der Schule wird eine hohe Verantwortung 76 (21,0 %) zugewiesen, ebenso der Aufklärungsliteratur 65 (18 %). Die Aufklärung der Befragten erfolgte mehrheitlich durch Aufklärungsliteratur (25,8 %) und durch die Schule, die zu 20,3 % genannt wurde. Weiterhin waren es Freunde

1) <b>Hielten Sie es in den 60er und 70er Jahren für notwendig, dass die Jugend rechtzeitig aufgeklärt wird?</b> (116)	h. Durch Aufklärungsliteratur (65)
a. Notwendig (96)	i. Keine Angabe (2)
b. Ist individuell verschieden (13)	
c. Unentschieden (4)	4) <b>Können Sie sich noch daran erinnern, durch wen Sie selber aufgeklärt wurden?</b> (217)
d. Rechtzeitige Aufklärung nicht notwendig (3)	(Mehrfachantworten möglich)
2) <b>Wenn „Notwendig“: In welchem Alter sollte die Jugend aufgeklärt werden?</b> (103)	a. Mutter (31)
a. So früh wie möglich (im Alter unter 13 Jahren) (55)	b. Vater (9)
b. Bei Beginn der Pubertät (zwischen 13 und 15 Jahren) (46)	c. Schule (44)
c. Nach Erreichen des 15. Lebensjahres (2)	d. Kirche (3)
3) <b>Durch wen sollte die Jugend aufgeklärt werden?</b> (Mehrfachantworten möglich) (362)	e. Freunde und Freundinnen (32)
a. Mutter (103)	f. Verwandte, Bekannte der Familie (6)
b. Vater (93)	g. Andere (7)
c. Schule (76)	h. Durch Aufklärungsliteratur (56)
d. Kirche (3)	i. Niemand (24)
e. Freunde und Freundinnen (12)	j. Unterschieden (5)
f. Verwandte, Bekannte der Familie (4)	5) <b>Haben Sie das Buch „Mann und Frau intim“ von Siegfried Schnabel gelesen?</b> (117)
g. Andere (4)	a. Ja (70)
	b. Nein (47)

und Freundinnen (14,7 %) und nur bei 14,3 % die Mutter bzw. bei 4,1 % der Vater. Immerhin wurden 24 Befragte (11,1 %) von niemandem aufgeklärt. Das zeigt, dass die Sexualpädagogik durch die Schule und durch Aufklärungsliteratur die wichtigste Rolle gespielt hat. Das Buch „Mann und Frau intim“<sup>18</sup> von Siegfried Schnabel wurde von 70 (59,8 %), also über der Hälfte der Befragten, gelesen, 47 (40,2 %) verneinten das.

### 3.3 Vergleich der Erkenntnisse aus der Literatur mit den Ergebnissen der Befragung

#### 1) Resümee zur Geschlechtsrollenverteilung, Partnerwahl, Ehe und Scheidung

In der Literatur wurde herausgearbeitet, dass für die Frauen in der BRD über einen längeren Zeitraum hinweg die Hausfrauenrolle stärker als die Berufstätigkeit favorisiert wurde, was sich z.B. in einer geringeren Beschäftigungsquote im Vergleich zur damaligen DDR äußerte. Bei den DDR-Frauen lag die Beschäftigungsquote höher. Aus den Sozialdaten der vorliegenden Befragung ergibt sich, dass über 90 % der befragten Frauen berufstätig waren. Das ist ein sehr hoher Wert, der ein Beleg für die Akzeptanz der Berufstätigkeit darstellt.

Die Mehrzahl der von uns Befragten war verheiratet. Insofern könnte man auch von einer Bevorzugung des ehelichen Zusammenlebens sprechen. Die meisten unserer ProbandInnen sahen intime Beziehungen zwischen den Geschlechtern für das eigene Lebensglück als notwendig an und waren der Meinung, dass man in der

18 Das Sachbuch war ein wichtiger Bestandteil der DDR-Sexualaufklärung und galt als Standardnachschlagewerk. (Vgl. Stern, 2007)

DDR nahezu uneingeschränkt bei den Entscheidungen zur Partnerwahl war. Hervorzuheben ist, dass das Zusammenleben von Paaren ohne Ehe in der Gruppe der Befragten nicht stigmatisiert wurde, obwohl die Befragten überwiegend in Ehen lebten und die Kernfamilie und das monogame Sexualverhalten zur bevorzugten Lebensform gehörten.

Intime Beziehungen ohne Tauschein wurden überwiegend als üblich und zulässig befunden. Erste sexuelle Kontakte fanden bei den von uns Befragten vor allem im Alter von 16 bis 21 Jahren statt. Vorehelicher Geschlechtsverkehr wurde als normal und nicht sittenwidrig angesehen. Hinsichtlich der Treue in der Ehe gab es in der Mehrzahl Befürworter, allerdings wurde einschränkend ausgedrückt, dass es in besonderen Situationen auch möglich war PartnerInnen neben der Ehe zu haben. Seitensprünge wurden nach Meinung der Befragten gesellschaftlich wenig toleriert und die Mehrzahl der Befragten haben selbst keine Seitensprünge akzeptiert.

In der Literatur werden Unterschiede in der Geburtenrate und in der Zahl der unehelichen Kinder angegeben. Die Geburtenrate war in der DDR durchschnittlich etwas höher und es gab in der DDR wesentlich mehr uneheliche Kinder. Daten dazu haben wir in unserer Befragung nicht erhoben. Besonders gravierende Unterschiede werden in der Literatur bezüglich der Ehescheidungen diskutiert. Die Ehescheidungsrate war in der DDR deutlich höher. Da nur 15 % der von uns Befragten geschieden wurden, widerspricht dieses Ergebnis den Aussagen in der Literatur. Nicht erfragt wurde, ob es bei den Befragten Zeiträume gab, in denen sie als Alleinerziehende lebten.

## ***2) Resümee zu Fragen von Aufklärung, Empfängnisverhütung und Abtreibung***

In der Literatur wird auf Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Empfängnisverhütung in beiden deutschen Staaten verwiesen. So war die Einsicht in die Notwendigkeit der Verhütung und die Akzeptanz der Antibabypille in beiden Staaten groß, wobei die „Wunschkindpille“ in der DDR besonders positiv gesehen wurde. Zu dieser Problematik haben unsere ProbandInnen eine ganze Reihe von Fragen beantwortet. Mit 94 % war der größte Teil der ProbandInnen für eine Empfängnisverhütung. Fast 50 % der Befragten haben die Pille genutzt. Die Pille wurde überwiegend als probates Mittel der Familienplanung, aber auch als Form der persönlichen Freiheit und als Mittel der sexuellen Befreiung angesehen. Auf die Frage, warum sich die Pille in der DDR schnell durchsetzen konnte, wurden unterschiedliche Meinungen geäußert. Einerseits wurden die kostenlose Abgabe und die unkomplizierte Rezeptvergabe genannt. Andererseits wurde betont, dass die DDR in sexueller Hinsicht freier gewesen wäre. Bei der Frage nach der Verschreibung der Pille nach 1965 haben 60 % der Frauen geantwortet, dass sie das getan haben. 80 % der Frauen fürchteten keine Nebenwirkungen. Eine Zunahme von Selbständigkeit und Sicherheit durch die Pille bejahten 74 % der Befragten. Eine Verschlechterung der Moral durch die Pille befürchteten 60 % der Befragten nicht.

Bei der Frage nach der Angst vor Geschlechtskrankheiten in der damaligen Zeit waren etwa 70 % der Meinung, dass sie keine Angst hatten bzw. sich keine Gedanken gemacht hatten. Für eine rechtzeitige Aufklärung sprachen sich über 80 % der Befragten aus. Hinsichtlich des richtigen Alters der Aufklärung gab es sowohl die Meinung, dass es so früh wie möglich, also unter 13 Jahren sein sollte, während die meisten anderen ProbandInnen eine Aufklärung mit Beginn der Pubertät befürworteten. Bei den Fragen, wer oder wodurch aufgeklärt werden sollte, konnte man verschiedene Alternativen nennen. Mutter und Vater wurden besonders häufig genannt, aber auch die Verantwortung der Schule wurde gesehen.

### ***3) Resümee zu Fragen von Homosexualität, Prostitution, Pornografie und spezifischen ostdeutschen Besonderheiten***

Ergebnisse zur Homosexualität in der BRD zeigen, dass noch 1969 etwa 50 % der BundesbürgerInnen der Meinung waren, dass es sich dabei um eine Krankheit bzw. ein Laster handle und gleichgeschlechtliches Zusammenleben demzufolge nicht als normale Lebensform akzeptiert wurde. Die überwiegende Anzahl der von der Verfasserin befragten DDR-BürgerInnen meinten, dass Homosexualität in der Gesellschaft nicht auf Akzeptanz stieß, wobei viele unsicher hinsichtlich der Ursachen von Homosexualität waren. In der Beurteilung von Homosexualität stellt man eine Übereinstimmung mit den Ergebnissen in der BRD fest.

Die Prostitution wurde von den Bundesdeutschen überwiegend als notwendiges Übel, seltener als nützliche Einrichtung gewertet. Bei der von Giese durchgeführten Untersuchung benannten 23 % der befragten Studenten Kontakte mit Prostituierten. Hinsichtlich der Beurteilung von Prostitution in der DDR gaben 46 % der Befragten keine Meinung ab, von 10 % wurde sie als Gefahr gesehen. Die restlichen ProbandInnen fassten sie als notwendiges Übel oder als nützliche Einrichtung auf. Sicherlich handelt es sich um eine heikle Frage, denn gesetzlich war Prostitution verboten. Von den 45 an der Befragung beteiligten Männern kreuzte nur einer Erfahrungen mit Prostituierten an.

Zum Thema Pornografie lagen uns keine aussagekräftigen statistischen Daten oder Untersuchungen zur BRD vor. Die Verfasserin hat dennoch Fragen dazu an die DDR-BürgerInnen gestellt. Pornografische Schriften haben nur etwas mehr als 16 % der ProbandInnen als wünschenswert angegeben, 40 % sprachen sich gegen solche Schriften aus und der Rest stand dem gleichgültig gegenüber. Beate Uhse-Sex-Shops nach der Wiedervereinigung wurden von 70 % der Befragten als unnötig bis verwerflich wahrgenommen. Den in der DDR existierenden Kästner-Versandhandel fanden fast 40 % der Befragten für die Sexualbefreiung wichtig.

Da die Menschen in der DDR sexuell durchaus offen waren, wollte die Verfasserin wissen, ob es erotische Bedürfnisse gab, die weder mit Pornografie noch mit Prostitution erklärt werden können. Knapp 30 % der Befragten waren Abonnenten der Zeitschrift „Magazin“, was einer relativ hohen Quote entspricht, weil die Abonnements stark begrenzt waren. Die Beliebtheit der Zeitschrift kann auf die

ansonsten wenigen Aktdarstellungen in den Medien zurückgeführt werden kann. Kommerzialisierung und Medialisierung von Sex wurden allerdings generell abgelehnt. Fast 60 % der Befragten hatten eine positive Einstellung zu FKK. Hier zeigen die ProbandInnen einen positiven Trend, der wohl als typisch für die DDR angenommen werden kann. Im Widerspruch zu dieser Offenheit gegenüber Nacktheit steht allerdings die Meinung, dass die Nacktheit in der Familie selbstverständlich war.

Mit der Frage nach der Kenntnis der 68er-Bewegung in der BRD hinsichtlich sexueller Befreiung hatte die Verfasserin die Absicht, Aussagen über die Informationspolitik und den öffentlichen Diskussion in der damaligen DDR zu erhalten. Für die meisten Befragten war die 68er-Bewegung nicht präsent. Bei der Frage nach der Veränderung der Sexualmoral waren über 80 % der ProbandInnen der Meinung, dass es zu einer Veränderung gekommen ist. Diejenigen, die eine Veränderung festgestellt haben, sollten sich danach frei ohne Vorgaben der Verfasserin zur Art der Veränderung äußern. Es werden sehr viele negative Tendenzen genannt. Kommerzialisierung und Medialisierung, schamloser Voyeurismus, Verantwortungslosigkeit usw. werden als kritische Trends der Gegenwart genannt. Als aktuell positiver werden die größere Offenheit und Toleranz und die stärkere Diskussion über diese Themen gesehen.

### ***Fazit: Vergleich zwischen der DDR und der BRD***

Die Verfasserin verfolgte das Ziel, aus den statistischen und demoskopischen Belegen und Umfrageuntersuchungen in Dresden einen Vergleich zu Familie, Ehe und Sexualität zwischen der DDR und der BRD in den 60er und 70er Jahren zu ziehen und damit der Frage der gesellschaftlichen Relevanz des Umgangs mit der Sexualität zu beantworten. Die Verfasserin möchte auf die anfangs gestellten Fragen zurückkommen.<sup>19</sup>

Erstens, die 68er-Bewegung in der BRD und die durch sozialpolitische Erfordernisse in der DDR erzwungenen gesellschaftlichen Veränderungen in den 60er Jahren hatten zwar verschiedene Ursachen, führten aber zu ähnlichen Liberalisierungstendenzen in den Lebenskonzepten, die auch Auswirkungen auf die Sexualität hatten. Die durch die 68er-Bewegung ausgelösten feministischen Bestrebungen in der BRD führten zu einer öffentlichen Diskussion, mit der Folge, dass bisherige Lebensmodelle durch andere Formen des Zusammenlebens ersetzt wurden und bürgerliche Tabus aufgehoben wurden.<sup>20</sup> Die Emanzipation der DDR-Frauen wuchs und führte zu mehr Gleichberechtigung im Zusammenleben. Die von staatlicher Seite geförderte hohe Berufstätigkeitsrate der Frauen in der DDR führte u.

---

<sup>19</sup> Vgl. Seite 1-2 dieser Arbeit

<sup>20</sup> Die Rolle der 68er Ereignisse auf die gesellschaftlichen Prozesse in der DDR wurden von der Forschung bislang nur marginal behandelt und zwar in zweierlei Hinsicht: Es ist unklar, wie weit die Prozesse der 68er-Bewegung der BRD in der DDR-Bevölkerung aufgenommen wurden, andererseits ist auch die Freiheitsbewegung in ihren Auswirkungen auf die gesellschaftspolitischen Prozesse der DDR aktuell nur wenig berücksichtigt worden.

a. dazu, dass die Frauen weniger der Absicherung des Ehemannes bedurften und eher zu Ehescheidungen und zur Geburt unehelicher Kinder bereit waren. Soweit die Verfasserin Fragen zur Partnerwahl oder zu vorehelichem Geschlechtsverkehr stellte, wurden keinerlei Reglementierungen geäußert. Die Freiheiten der Frauen in der DDR führten zur Emanzipation der Frauen und zur Liberalisierung der Sexualmoral. Die Liberalisierung führte zu einem Geburtenrückgang, einem Anstieg der Ehescheidungen und zu einer erhöhten Anzahl unehelicher Kinder. Der Anteil der gerichtlichen Scheidungen lag in der DDR viel höher als in der BRD, insbesondere nach Mitte der 70er Jahre.

Zweitens: Als wesentliches Mittel der Sexualbefreiung wurde in beiden deutschen Staaten die Verhütung mit der Pille angesehen. Die DDR-Frauen bejahten diese Form der Verhütung als „Wunschkindpille“, positionierten sich entsprechend deutlicher als BRD-Frauen und hatten weniger Angst vor Nebenwirkungen. Auch eine Moralverschlechterung durch die Pille wurde nicht angenommen. Das konnte in der Befragung bestätigt werden. Liberalisierungsbestrebungen zur Abtreibung gab es in beiden deutschen Staaten. Sie ergaben sich jedoch aus unterschiedlichen sozial- und wirtschaftspolitischen Konstellationen, denen beide deutsche Staaten unterworfen waren. Die von der Verfasserin Befragten sahen Abtreibungen unter bestimmten Bedingungen als legitim an. Die größere gesellschaftliche Akzeptanz kommt auch in der weniger pejorierenden Begriffsverwendung „Schwangerschaftsunterbrechung“ zum Ausdruck. Hierfür kann die in der DDR typische größere Distanz zu religiösem Leben, die letztlich auch politisch gewollt und gesteuert wurde, mitverantwortlich gemacht werden.

Drittens: Lebensformen wie Homosexualität und das Prostitutionsgewerbe waren in beiden deutschen Staaten wenig akzeptiert. Die von uns Befragten äußerten sich überwiegend kritisch. Zur Prostitution haben sie sich entweder gar nicht geäußert oder man hat sie sehr pejorativ beurteilt. Die Popularisierung von Sexualität in der Öffentlichkeit war in der BRD nicht reglementiert. Die DDR-BürgerInnen vermissten nur bedingt pornografische Schriften. Es tritt bei den Befragten ein ideologischer Unterschied zutage, der so etwas wie das Ideal der Natürlichkeit und Selbstverständlichkeit von Nacktheit und Sexualität herausstellt. In der DDR war die Nacktheit nicht unbedingt mit Kommerzialisierung und Medialisierung von Sex verbunden und wurde nicht im Sinne von sexistischen und pornografischen Ambitionen interpretiert.

Zusammenfassend kann Folgendes gesagt werden. Die in der DDR in den meisten anderen Lebensbereichen existierende Kontrolle und Überwachung kam hinsichtlich des Einflusses auf das Sexualverhalten und die Sexualeinstellung kaum zur Geltung. Sowohl die analysierte Literatur als auch die Auswertung der Befragung zeigen, dass die damaligen Lebensbedingungen in der DDR diesbezüglich nicht als einschränkend empfunden wurden. Aus der Erinnerung heraus werden einige staatliche Regulierungsversuche von den hier Befragten eher als positiv gewertet. Sexuelle Freiheit wurde toleriert, auch dann, wenn sie nicht der sozialistischen Moral, insbesondere dem Familienideal, entsprach. Man ging Kompromisse von Seiten des



Gesetzes ein. Die Gewährung bestimmter sexueller Freiheiten konnte einerseits als ein Mittel zur Stabilisierung des sozialistischen Staates dienen und sollte dazu beitragen, die Überlegenheit und Modernität des sozialistischen Systems zu zeigen. Andererseits dienten die sexuellen Freiheiten der Besänftigung der regierungskritischen Kräfte und stützten so die Existenz des DDR-Regimes.

Als ein wesentlicher Faktor der sexuellen Freiheit in der DDR muss die durch die Beschäftigungs- und Sozialpolitik erzielte Emanzipation der DDR-Frauen gesehen werden. Deren Selbstständigkeit und Unabhängigkeit führte zu einem selbstbewussten und offenen Umgang mit Sexualität. Die DDR-BürgerInnen (insbesondere die Nachkriegsgeneration) entwickelten typisch ostdeutsche Wertvorstellungen zur Sexualität, allerdings nicht im Sinne einer „sexuellen Revolution“, sondern durch eine generelle Liberalisierung, die durch neue gesellschaftspolitische Entwicklungen und Modernisierungsprozesse ab Mitte der 1960er Jahre erfolgte. McLellan schätzt diese Veränderungen als teilweise radikaler ein als in der BRD (McLellan, 2011, 9, 11). Das Erfordernis einer „sexuellen Revolution“ wurde von den Befragten nicht gesehen und die Medialisierung und Kommerzialisierung von Sexualität stigmatisiert, während künstlerische Aktfotografien und Natürlichkeit von Sex eine positive Konnotation erhielten. Insgesamt zeigt sich in den Kommentaren der von der Verfasserin Befragten eine Tendenz zur Überidentifikation mit den Wertvorstellungen von damals. Das entspricht in etwa den Beobachtungen von Herzog, der darauf verwies, dass Ostdeutsche in den neunziger Jahren immer wieder die Überzeugung geäußert hätten, „[...] die Sexualität in der DDR sei echter, liebevoller gewesen, sinnlicher und befriedigender, weniger selbstbezogen als in Westdeutschland“ (Herzog, 2006, 265).

Die Verfasserin vermutet, dass diese Einstellungen Ausdruck einer spezifischen Ostmentalität sind, die eben auch im Umgang mit Sexualität festgestellt werden kann. Ein aktuelles Beispiel für Einstellungsunterschiede von Ost- und Westdeutschen stellen die sehr emotionalen Diskurse zum „§ 219a: Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft“ dar, in denen verschiedene Erfahrungen aufeinanderprallen, die sich aus der unterschiedlichen Geschichte ableiten lassen. Solche konträren Standpunkte erschweren das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten.

Die Verfasserin hat sich um eine möglichst repräsentative Stichprobe bemüht. Das sehr sensible Thema Sexualität führte aus ethischen Gründen zwangsläufig zur Einschränkung bei der Auswahl der Fragen und bei der Bereitschaft vor allem von männlichen Probanden an einer solchen Untersuchung teilzunehmen. Ein zusätzliches Problem war, dass nur Probanden ab 55 Jahren befragt werden konnten, die in den 1960er und 70er Jahren ihre Jugend erlebt haben. Neben diesen organisatorischen Problemen ist die Aufforderung zu einer Zeitreise ein Versuch, Erinnerungen zu aktualisieren, die nicht immer mit der Wahrnehmung zur damaligen Zeit übereinstimmen müssen. Die überwiegende Übereinstimmung der subjektiven Einschätzung der ProbandInnen mit den statistischen und demoskopischen Daten lässt uns schlussfolgern, dass die Befragten einerseits die Erinnerungsleistung vollbringen und andererseits spezifische Unterschiede im Vergleich zur damaligen

BRD thematisieren konnten.

Von den 150 Fragebögen konnten immerhin 118 ausgewertet werden. Trotz aller versuchsmethodischen Einschränkungen hinsichtlich des Schneeballverfahrens, der Unausgeglichenheit der Probanden und der bei den DDR-spezifischen Fragen manchmal nicht zu vermeidenden Suggestibilität hat die Verfasserin damit eine Pilotuntersuchung vorgelegt, die in dieser oder ähnlicher Form in der Literatur nicht zu finden ist. Damit unternimmt sie den Versuch, einen Beitrag zum Ost-West-Diskurs zu liefern und die nach wie vor existierenden unterschiedlichen Befindlichkeiten und Einstellungen aus historisch-sozialer Perspektive zu betrachten.

### **Literatur**

- 1) Anton, Lorena/Yoshie Mitobe/Kristina Schulz (2012): Politics of Reproduction in a Divided Europe: Abortion, Protest Movements and State Interventions after the Second World War, in: Fahlenbrach, Kathlin/Martin Klimke/Joachim Scharloth (eds.), *The 'Establishment' Responds. Power, Protest and Politics Since 1945*, New York/London, 103-120.
- 2) Brüning, Steffi (2020): *Prostitution in der DDR. Eine Untersuchung am Beispiel der Städte Rostock, Berlin und Leipzig von 1968 bis 1989*, Berlin.
- 3) Bundesarchiv Koblenz 310-687: Familienplanung als gesundheitliche Aufgabe
- 4) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (1998): *Frauen in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn.
- 5) Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.) (1969): *Sexualkunde-Atlas. Biologische Informationen zur Sexualität des Menschen*, Opladen. (2. neugefaßte Auflage, 1974)
- 6) *Die Welt* (24.11.1971)
- 7) dpa Deutsche Presse-Agentur GMBH (Hrsg.): *dpa Hintergrund. Archiv- und Informationsmaterial*, Hamburg (a. 28.3.1974, b. 1.4.1974, c. 5.4.1974).
- 8) Eitler, Pascal (2013): Das „Reich der Sinne“? Pornographie, Philosophie und die Brutalisierung der Sexualität (Westdeutschland 1968-1988), in: *Body Politics* 1, Heft 2, 259-296.
- 9) Falck, Uta (1998): *VEB Bordell. Geschichte der Prostitution in der DDR*, Broschiert.
- 10) *Frankfurter Rundschau* (22. 9. 1971)
- 11) Giese, Hans/Gunter Schmidt (1968): *Studenten Sexualität. Verhalten und Einstellung. Eine Umfrage an 12 westdeutschen Universitäten*, Reinbeck bei Hamburg.
- 12) Gieseke, Jeans (2011): *Die Stasi. 1945-1990*, München.
- 13) Grossmann, Atina (1995): *Reforming Sex. The German Movement for Birth Control and Abortion Reform, 1920-50*, New York.
- 14) Harsch, Donna (1997): Society, the State, and Abortion in East Germany, 1950-1972, in: *American Historical Review*, 102 (1), 53-84.

- 15) Harsch, Donna (2007): *Revenge of the Domestic. Women, The Family, and Communism in the German Democratic Republic*, Princeton/Oxford.
- 16) Henning, Marion/Gert Henning/Steffen Wilsdorf (1991): Motivationen und soziale Einflußfaktoren zum Kinderwunsch in der DDR. Einstellung und Anwendungsbereitschaft zur Kontrazeption, in: Kuntz-Brunner, Ruth/PRO Familia, *Sexualität BRD/DDR im Vergleich*, Braunschweig.
- 17) Herzog, Dagmar (2005): *Die Politisierung der Lust. Sexualität in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts*, München.
- 18) Herzog, Dagmar (2006): Between Coitus and Commodification. Young West German Women and the Impact of the Pill, in: Schildt, Axel/Detlef Siegfried, *Between Marx and Coca-Cola. Youth Cultures in Changing European Societies, 1960-1980*, New York/Oxford, 261-286.
- 19) Hubert, Michael (1998): *Deutschland im Wandel. Geschichte der deutschen Bevölkerung seit 1815*, Stuttgart.
- 20) Huinink, Johannes/Karl Ulrich Mayer u.a. (1995): *Kollektiv und Eigensinn. Lebensverläufe in der DDR und danach*, Berlin.
- 21) Kuller, Christiane (2004): *Familienpolitik im föderativen Sozialstaat. Die Formierung eines Politikfeldes in der Bundesrepublik 1949-1975*, München.
- 22) McLellan, Josie (2011): *Love in the Time of Communism*, Cambridge.
- 23) Mitobe, Yoshie (2012): My Revolution. „Liberalisierung der Sexualität“ im westdeutschen Sozialstaat zwischen 1960s und 1970s, in: *Geschichte*, Nr. 5, 3-18. (Japanisch)
- 24) Mitobe, Yoshie (2014): „Die Neue Sexualmoral“ in Westdeutschland in den 50er und 60er Jahren. Die Sexualmoral des Sexologen Hans Giese und seine Forschungen zum sexuellen Verhalten von Studenten, in: *The Review of Economics & Political Science*, Vol. 81, No. 5·6, 379-409. (Japanisch)
- 25) Mitobe, Yoshie (2016): Das Vorgehen der westdeutschen Regierung bezüglich der Vielschichtigkeit der Sexualmoral in den 60er und 70er Jahren am Beispiel des „Sexualkunde-Atlas,“ in: Tsuji, Hidetaka/Osamu Kawagoe (Hrsg.), *Sozialstaat in der Geschichte. Erfahrungen des Deutschlands im 20. Jahrhundert*, Tokio, 249-280. (Japanisch)
- 26) Mühlhling, Tanja/Marina Rupp (2008): Familie, in: Baur, Nina/Hermann Korte/Martina Löw/Markus Schorer (Hrsg.), *Handbuch Soziologie*, Wiesbaden, 77-96.
- 27) *Neues Deutschland* (23.12.1971)
- 28) Noelle, Elisabeth/Erich Peter Neumann (Hrsg.) (1956): *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947-1955*, Allensbach/Bonn.
- 29) Noelle, Elisabeth/Erich Peter Neumann/Institut für Demoskopie Allensbach (Hrsg.) (1967): *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1965-1967*, Allensbach/Bonn.
- 30) Noelle, Elisabeth/Erich Peter Neumann/Institut für Demoskopie Allensbach (Hrsg.) (1974): *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1968-1973*, Allensbach/Bonn.
- 31) Noelle-Neumann, Elisabeth/Institut für Demoskopie Allensbach (Hrsg.) (1976): *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1974-1976*, Wien/München/Zürich.

- 32) Noelle-Neumann, Elisabeth/Institut für Demoskopie Allensbach (Hrsg.) (1977): *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1976-1977*, Wien/München/Zürich/Innsbruck.
- 33) Noelle-Neumann, Elisabeth/Institut für Demoskopie Allensbach (Hrsg.) (1983): *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978-1983*, München/New York/London/Paris.
- 34) Pressekorrespondenz des Instituts für Demoskopie Allensbach (1971): *Allensbacher Berichte*, Nr. 15.
- 35) Rytlewski, Ralf/Manfred Opp de Hipt (1987): *Die Deutsche Demokratische Republik in Zahlen 1945/49-1980*, München.
- 36) Rytlewski, Ralf/Manfred Opp de Hipt (1987): *Die Bundesrepublik Deutschland in Zahlen 1945/49-1980*, München.
- 37) Schnabl, Siegfried (1991): Sex zwischen Wandel und Konstanz. Trends und Probleme des Sexualverhaltens in der DDR, in: PRO Familia Landesverband Niedersachsen/Ruth Kuntz-Brunner/ Horst Kwast (Hrsg.): *Sexualität BRD/DDR im Vergleich*, Braunschweig, 20-30.
- 38) Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.) (1956-1990), *Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik*, Berlin.
- 39) Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1952-1990), *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland*, Berlin.
- 40) Statistisches Bundesamt Wiesbaden (1972), *Bevölkerung und Wirtschaft 1872-1972*, Stuttgart/Mainz.
- 41) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik (1987), *Strafrecht der Deutschen Demokratischen Republik. Kommentar zum Strafgesetzbuch*, Berlin.
- 42) *Stern* (27.02.2007, Siegfried Schnabl. Der Sexualaufklärer des Ostens) <https://www.stern.de/gesundheit/sexualitaet/siegfried-schnabl-der-sexualaufklaerer-des-ostens-3357512.html> [URL:09.05.2020]
- 43) Thietz, Kristen (Hrsg.) (1992): *Ende der Selbstverständlichkeit? Die Abschaffung des §218 in der DDR, Dokumente*, Berlin. (Bericht über die Entwicklung der Beschäftigung der Frauen in der Produktion, Anlage Nr. 5 zum Protokoll Nr. 61/71 Sitzung des ZK der SED am 1.12.1971, 139-147; Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft vom 9.3.1972, 163-164; Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 6. Wahlperiode, 4. Tagung am 9.3.1972, 165-177; Wortlaut der Instruktion von 1965 zur Anwendung des §11 über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau vom 27.3.1950, 200-204; Edith Ockel, Anzahl der Lebendgeborenen und Schwangerschaftsabbrüche von 1973-1989 in der ehemaligen DDR, 218-219.)
- 44) Timm, Annette F. (2010): *The Politics of Fertility in twentieth-century Berlin*, New York.
- 45) *Vorwärts* (20. 2. 1975)
- 46) Weller, Konrad/Kurt Starke (1993): Veränderungen 1970-1990 (DDR), in: Schmidt, Gunter (Hrsg.), *Jugendsexualität. Sozialer Wandel, Gruppenunterschiede, Konfliktfelder*, Stuttgart, 49-65.